



Protokoll

3. Sitzung des Gemeinderates Montag, 30. Juni 2014, 18:00 Uhr, Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Antrag des Stadtrates betreffend Wahl der Delegierten Zweckverband Spital Uster
(Antrag Nr. 5/2014)
- 4 Antrag des Stadtrates betreffend Wahl der Delegierten Zweckverband Kehrichtverwertung
Zürcher Oberland KEZO
(Antrag Nr. 6/2014)
- 5 Antrag der Sekundarstufe Uster betreffend Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2013
(Antrag Nr. 196/2014)
- 6 Anträge des Stadtrates betreffend NPM-Jahresbericht 2013 der Stadt Uster und
Jahresrechnung 2013
(Antrag Nr. 194/2014 und Nr. 197/2014)
 - 6.1 Allgemeine Diskussion Geschäftsfelder inkl. Investitionen
 - 6.2 Behandlung der Geschäftsfelder
- 7 Antrag der Sekundarstufe Uster für die Bewilligung einer integrierten Time Out Schule
befristet für das Schuljahr 2014/2015
(Antrag Nr. 1/2014)
- 8 Antrag der Primarschulpflege betreffend Schulanlage Gschwader, Raumbearf
Tagesstrukturen 2014 - Genehmigung Baukredit
(Antrag Nr. 4/2014)

Präsenz

Vorsitz	Walter Meier, Präsident
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	32 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Werner Egli, Stadtpräsident Cla Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Patricio Frei Meret Schneider Gabriela Seiler Seyhan Kähya
Unentschuldigt	
Verspätet:	Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung
Presse	Christian Brüttsch, AvU

Folgender Hinweis ergeht durch den Vorsitzenden: Am 20. August findet hier im Gemeinderatssaal eine Veranstaltung unter dem Thema „**Wissenstransfer**“ für Parlamentarierinnen und Parlamentarier statt, welche als GR-Sitzung abgerechnet wird. Hansjörg Baumberger (Stadtschreiber), Peter Pfeiffer (Abteilungsleiter Präsidiales) und Patrick Wolfensberger (Abteilungsleiter Finanzen) bringen den Ratsmitgliedern die Stadtverwaltung, NPM und den Finanzhaushalt der Stadt Uster näher. Letztmals hat eine solche Veranstaltung im April 2010 stattgefunden. Alle, die seither zum Rat gestossen sind, sollten wenn immer möglich hier dabei sein. Die anderen dürfen.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Gratuliert wird an dieser Stelle noch Ratsmitglied Claudia Wyssen, die in der Zwischenzeit nochmals Mutter einer kleinen Tochter geworden ist.

Änderung Traktandenliste/Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Um ca. 20 Uhr gibt es eine Verpflegungs-Pause.

Zwischenzeitlich stand u.a. das Traktandum „Wahl der Leitung der Parlamentarischen Dienste“ auf der Traktandenliste. Die Geschäftsleitung braucht aber offensichtlich noch eine weitere Runde, bis sie dieses Traktandum vor den Rat bringen kann.

Aus diesem Grund hat der Vorsitzende am letzten Freitag eine Verfügung betreffend einen bis Ende 2014 befristeten Arbeitsvertrag für Catherine Wenzel unterschrieben. Damit hat die Geschäftsleitung nochmals ein paar Monate Zeit, die offenen Fragen zu klären.

Fraktionserklärung:

Markus Wanner

Doppelbelastung Stadtpräsident

Am 18. Mai 2014 ist Werner Egli als Stadtpräsident gewählt worden.

Im Uster-Report Ausgabe Mai 2014 hat Werner Egli als Stadtpräsidiumskandidat auf die Frage, wie er das Stadtpräsidium mit seiner unternehmerischen Tätigkeit koordinieren könne, geantwortet, dass er bei einer Wahl seine Arbeit in seiner Firma auf ein beratendes Mandat reduzieren werde.

Aus der Personalmitteilung der Stadt Uster von Anfang Juni lässt sich nun aber entnehmen, dass Werner Egli aufgrund seiner unternehmerischen Tätigkeit erst gegen Ende des 3. Quartals sein Amt als Stadtpräsident voll aufnehmen wolle, und dies bis dann zu Doppelbelastungen komme.

Die Doppelbelastung ist bereits offensichtlich. Der Stadtpräsident hat z.B. das Kulturgelage, ein breit abgestützter Anlass mit Sportvereinen, Chören, Veranstaltern und anderen Kulturschaffenden, nach nur kurzer Zeit wieder verlassen. Für die Sitzung der Gruppe Region Zürcher Oberland, welche für die regionale Zusammenarbeit wichtig ist, hat er sich entschuldigen lassen.

Die SP Fraktion erwartet, dass der Stadtpräsident sich möglichst schnell einsetzt für die Gemeinschaft, für die Zusammenarbeit und für die Kultur.

1 Mitteilungen

Keine Mitteilungen.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 2. Sitzung des Gemeinderates vom 19. Mai 2014 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 i.V.m. Art. 67 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Antrag des Stadtrates betreffend Wahl der Delegierten Zweckverband Spital Uster (Antrag Nr. 5/2014)

Der Abänderungsantrag seitens der KSG liegt als Tischvorlage vor.

Im Ausstand befinden sich Walter Strucken und Anita Borer, sie sind als Delegierte nominiert.

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Jürg Gösken**.

*Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Anwesende*

Die KSG – bei Ausstand von Walter Strucken als Kandidat - empfiehlt ihnen die im Antrag Nr. 5 aufgeführten bisherigen Delegierten Zweckverband Spital Uster:

*Reinhard Giger,
Susanne Keller-Fischer,
Hans-Peter Hüsler,
Walter Strucken und
Claudia Bekier*

*zur Wiederwahl, sowie als neue Delegierte zur Wahl
Dietrich Michael Weidmann und Anita Borer.*

Durch den zusätzlichen Sitz Usters in der Delegiertenversammlung konnte in Dispositiv 1 den Empfehlungen der IPK vollständig entsprochen werden.

Zur Wiederwahl als Präsident des Verwaltungsrates wird der Delegiertenversammlung Reinhard Giger vorgeschlagen.

Die KSG wurde an ihrer Sitzung vom 16. Juni orientiert, dass der Stadtrat betreffend Dispositiv 3 Stadtpräsident Werner Egli als Mitglied des Verwaltungsrats vorgeschlagen hat.

Die KSG hat zwecks Aktualisierung und Konkretisierung des Hauptantrags den vorliegenden Änderungsantrag gestellt und einstimmig gutgeheissen und heisst den dadurch angepassten Hauptantrag Nr. 5/2014 ebenfalls einstimmig gut.

*Für die Kommission Soziales und Gesundheit
Jürg Gösken*

Balthasar Thalmann ergreift das Wort und beantragt eine separate Abstimmung der Dispositive 1, 2 und 3. Sein Mandat in der LGZ ist der kritische Punkt.

Stadträtin Esther Rickenbacher führt betreffend Ziffer 3 aus, dass die Delegierten von Uster sich bereits für die Rechtsform einer AG ausgesprochen haben. Es wird eine Volksabstimmung geben und falls diese das Geschäft gutheisst, wird Werner Egli längstens noch ein Jahr im Verwaltungsrat tätig sein.

Stadtpräsident Werner Egli ergreift das Wort. Man habe im Stadtrat beschlossen, dass er noch ein Jahr in der LGZ tätig sein wird, also bis Frühling 2015, damit nicht noch eine Zwischenwahl nötig ist. Der Stadtrat hat also durchaus mitgedacht in der Sache.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung über den Ordnungsantrag:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 9 : 18 Stimmen

den Ordnungsantrag abzulehnen.

Abstimmung über den Abänderungsantrag aus der KSG:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 23 : 7 Stimmen

den Abänderungsantrag gutzuheissen.

Keine Wortmeldungen mehr erwünscht.

Schlussabstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 22 : 4 Stimmen

1. **Als Delegierte des Zweckverbandes Spital Uster für die Amtsdauer 2014/2018 werden dem Gemeinderat vorgeschlagen:**
 - Reinhard Giger, Friedhofstrasse 7, 8610 Uster (FDP) (bisher)
 - Susanne Keller-Fischer, Winikerstrasse 11, 8610 Uster (EVP) (bisher)
 - Hans-Peter Hüsler, Bonstettenstrasse 6, 8610 Uster (CVP) (bisher)
 - Walter Strucken, Bodenrütistrasse 1, 8615 Wermatswil (SP) (bisher)
 - Claudia Bekier, Florastrasse 39, 8610 Uster (SVP) (bisher)
 - Dietrich Michael Weidmann, Archstrasse 2, 8610 Uster (GLP) (neu)
 - Anita Borer, Lorenweg 3, 8610 Uster (SVP) (neu)
2. **Als Präsident des Verwaltungsrates wird der Delegiertenversammlung Reinhard Giger, Uster, zur Wiederwahl vorgeschlagen.**
3. **Als Verwaltungsrat wird der Delegiertenversammlung Stadtpräsident Werner Egli zur Wahl vorgeschlagen.**
4. **Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.**

**4 Antrag des Stadtrates betreffend Wahl der Delegierten Zweckverband
Kehrrichtverwertung Zürcher Oberland KEZO
(Antrag Nr. 6/2014)**

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Jürg Gösken**.

*Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Anwesende*

Die KSG empfiehlt ihnen die im Antrag Nr. 6 aufgeführten bisherigen Delegierten Zweckverband KEZO:

*Andres Kunz,
Peter Rysler,
Peter Wüthrich und
Jean Marc Wunderli
zur Wiederwahl, sowie als neuen Delegierten zur Wahl
Peter Mathis-Jäggi.*

Den Empfehlungen der IPK-Mehrheit kann damit in Dispositiv 1 vollständig entsprochen werden. Die Einwände seitens IPK-Minderheit betreffend der Kandidatur von Peter Mathis-Jäggi sind in der KSG zur Kenntnis genommen worden.

Zur Wiederwahl als Mitglied des Verwaltungsrates wird der Delegiertenversammlung Stadträtin Esther Rickenbacher vorgeschlagen.

Die KSG hat den unveränderten Antrag Nr. 6/2014 einstimmig gutgeheissen.

*Für die Kommission Soziales und Gesundheit
Jürg Gösken*

Hans Keel

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Wie Sie aus dem Antrag entnehmen können ist die SVP/EDU Fraktion nicht einverstanden mit dem neu zu wählenden Delegierten der SP. Der Platz der SP mit einem Delegierten im Zweckverband KEZO ist nicht bestritten.

Wir haben unsere Bedenken bezüglich der vorgeschlagenen SP Kandidatur der IPK innerhalb der Frist bekanntgegeben und auch begründet.

Wir bedauern, dass die IPK, bzw. die SP, aus welchen Gründen auch immer, nicht in der Lage ist, eine wählbare Kandidatin oder einen Kandidaten zur Wahl vorzuschlagen.

Wir vertreten die Meinung, dass es die IPK genau aus diesem Grunde gibt, damit die Parteien, mindesten auf einem kleinsten gemeinsamen Nenner zusammenarbeiten. Wenn die Meinung der einzelnen Parteien nicht zur Kenntnis genommen wird und keine Diskussion darüber stattfindet, die Kandidaten einfach aufgestellt werden, braucht es die IPK nicht mehr.

Über die Wichtigkeit und Aufgabe eines Delegierten lässt sich streiten. Wir stellen einfach fest, dass der vorgeschlagenen Kandidat bestens bekannt ist und aufgrund seiner bisherigen Arbeit aus unserer Sicht nicht als Delegierter gewählt werden sollte.

Die Fraktion hat nach eingehender Diskussion beschlossen, alleine wegen diesem SP-Kandidaten den Antrag nicht abzulehnen. Die SVP/EDU Fraktion wird deshalb mit wackligen Händen dem Antrag Nr. 6 zustimmen.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Hans Keel, Gemeinderat SVP/EDU-Fraktion

Balthasar Thalmann ergreift das Wort. Die SP-Fraktion könne sehr gut zuhören, aber es erfolgte von rechter Seite keine substantiierte Kritik. Peter Mathis ist ein valabler und guter Kandidat, er war selber lange im Gemeinderat tätig und weiss wie die Politik läuft.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 31 : 0 Stimmen

1. Als Delegierte des Zweckverbandes Kehrichtverwertung Zürcher Oberland KEZO für die Amtsdauer 2014/2018 werden gewählt:
2. Andres Kunz, Strandbadweg 5, 8610 Uster (SVP) (bisher)
 - Peter Rysler, Drusbergstrasse 15, 8610 Uster (FDP) (bisher)
 - Peter Wüthrich, Am Klusbach 12, 8616 Riedikon (EVP) (bisher)
 - Dr. Jean Marc Wunderli, Eselstockweg 9, 8610 Uster (GLP) (bisher)
 - Peter Mathis-Jäggi, Aathalstrasse 38b, 8610 Uster (SP) (neu)
3. In den Verwaltungsrat des Zweckverbandes Kehrichtverwertung Zürcher Oberland KEZO wird der Delegiertenversammlung, Esther Rickenbacher, Stadträtin, Abteilungsvorsteherin Gesundheit, zur Wiederwahl vorgeschlagen.
4. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

5 Antrag der Sekundarstufe Uster betreffend Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2013 (Antrag Nr. 196/2014)

Rolf Denzler ist als Näniker im Ausstand.

Für die Kommission Bildung und Kultur bzw. Rechnungsprüfungskommission referiert **Deborah Bernhard**.

Die Fragen der Subkommissionsmitglieder wurden am 5. Mai von den Vertretern der Sekundarschule beantwortet.

Die Rechnung der SSU schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 0.4 Mio. deutlich besser ab als erwartet. Budgetiert war ein Aufwandüberschuss von über 2 Mio. In fast allen Leistungsgruppen wurde das Budget unterschritten. Im Bereich der Verwaltung führte die Verschiebung der HRM2 Projekte sowie ein tieferes Pensum bei der Leitung Fachstelle Sonderpädagogik zu Einsparungen. Weiter waren die Schülerzahlen tiefer als erwartet und weniger Lernende besuchten gemeindeeigene Schulen oder das Gymnasium, was zu Kosteneinsparungen in den Leistungsgruppen Unterricht und Übrige Angebote führte. Im Bereich der Sonderpädagogik waren weniger externe Kosten für die Heimversorgung zu verzeichnen. Weniger Putzhilfen bei der Sanierung des Schulhauses Weidli sowie der milde Winter bewirkten eine Budgetunterschreitung im Bereich der Liegenschaften.

Die Investitionsrechnung wurde mit rund 220'000 Franken entlastet, da diverse Renovierungs- und Sanierungsarbeiten mit weniger Aufwand realisiert werden konnten und noch nicht alle Honorare der Fachplaner abgerechnet wurden. Infolge der geringeren Nettoinvestitionen fallen auch die Abschreibungen geringer aus (-206'000 Franken).

Die BWS hat ihr Budget überschritten. Sie schaut allerdings auf das schülerreichste Jahr in ihrer Geschichte zurück. Zwei neue Klassen mussten eröffnet werden. Die BWS ist nun infrastrukturmässig ausgelastet und kann und will nicht mehr weiter wachsen. Es laufen erste Überlegungen zu einem Ersatz für den provisorischen Pavillon. Es ist angedacht, diesen im Rahmen eines Projektes in Zusammenarbeit mit der Genossenschaft Alterssiedlung Rehbühl (direkte Nachbarn) zu ersetzen.

Auch bei der KuSs, welche sich nach wie vor grosser Beliebtheit erfreut, konnte das Budget nicht eingehalten werden. Sie schreibt seit zwei Jahren ein strukturelles Defizit. Da das Schulgeld im neuen Schuljahr erhöht wird und der Kanton neu alle Gemeinden verpflichtet das Schulgeld zu übernehmen, löst sich dieses Problem von alleine.

An der RPK Sitzung vom 23. Juni gab es keine Bemerkungen und Anträge; aus diesem Grund entfällt ein RPK-Referat. Die RPK hat dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung 2013 (Weisung 196/2014) einstimmig zugestimmt und empfiehlt dem Gemeinderat, der Weisung 196/2014 zuzustimmen.

Thomas Pedrazzoli (Präsident der Sekundarschulpflege) und Alessandro Virgelli (Ressortdelegierter Finanzen SSU) verzichten auf eine Wortmeldung.

Jürg Gösken

**Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Anwesende**

Die Jahresrechnung 2013 der Sekundarstufe Uster konnte unsere Fraktion erfreut zur Kenntnis nehmen. Was die Jahresrechnung auch dieses Jahr wieder auszeichnet, ist die Transparenz und wie die erfolgte Senkung des Steuerfusses vorerst aufgefangen werden konnte. Die Leistung der Sekundarschulpflege wurde in der Fraktionsbesprechung auf den Punkt gebracht: „Ich glaube, die haben das recht gut im Griff.“

Oder etwas detaillierter: Die notwendigen Investitionen wurden getätigt und sämtliche Bauvorhaben konnten im Kostenrahmen und teilweise deutlich darunter abgeschlossen werden. Dank guter Kostendisziplin ist auch nur ein kleines Defizit von dem infolge Steuerfussenkung deutlich höher budgetierten Defizit übriggeblieben. Ebenfalls erfreulich ist, dass das Fremdkapital von 4.0 auf 2.2 Mio Franken reduziert werden konnte.

Neben der Eigenleistung haben auch verschiedene externe Faktoren zum guten Ergebnis beigetragen. Beispielsweise lagen die Schülerzahlen total um 25 Schülerinnen und Schüler tiefer als geplant und um 19 tiefer als 2012. Die Nettokosten pro Lernenden fielen damit etwas höher als budgetiert aus, aber dennoch deutlich tiefer als im Vorjahr.

Trotz den guten Zahlen ist uns natürlich bewusst, dass die Jahresrechnung nur eine Etappe darstellt und die SSU in den nächsten Jahren einiges an Investitionen und neuen Aufträgen zu verkraften hat. Namentlich die Erweiterung des Schulhauses Weidli oder später heute in kleinerem Umfang das beantragte TimeOut-Angebot wird die künftigen Rechnungen be- oder entlasten, als auch die Höhe des kantonalen Steuerkraftausgleichs bleibt ein wesentlicher Faktor auch bei den SSU-Finzen.

Den aktuellen Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2013 kann unsere Mittelfraktion einstimmig gutheissen und sagen: „Weiter so!“ – ich danke.

*Für die Fraktion Grünliberale-EVP-BDP-CVP
Jürg Gösken*

Matthias Bickel

**Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Geschätzte Anwesende**

Die Sekundarstufe hat gut gewirtschaftet. Trotz der Steuersenkung von 19% auf 18% ist das Defizit viel kleiner ausgefallen als budgetiert, was einerseits auf die lobenswerte Kostendisziplin der Leistungsgruppen zurückzuführen ist, andererseits aber auch mit unvorhersehbaren Entwicklungen und nicht getätigten Ausgaben zusammenhängt. Das gute Ergebnis ist also doch mit Vorsicht zu geniessen. Die FDP-Fraktion erwartet von der Sekundarstufe daher in Zukunft wieder einen ausgeglichenen Rechnungsabschluss.

Die FDP-Fraktion wird den Antrag annehmen.

*Für die FDP-Fraktion:
Matthias Bickel, Gemeinderat, Präsident FDP-Fraktion.*

Uster, 30. Juni 2014.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

**Der Gemeinderat beschliesst
mit 29 : 0 Stimmen**

**Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2013 der Sekundarstufe
Uster (Antrag Nr. 196/2014) wird gutgeheissen.**

6 Antrag des Stadtrates betreffend NPM-Jahresbericht 2013 und Antrag des Stadtrates betreffend Jahresrechnung 2013 der Stadt Uster (Anträge Nr. 194/2014 und 197/2014)

6.1 Allgemeine Diskussion Geschäftsfelder inkl. Investitionen

Namens des Stadtrates referiert **Cla Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen.**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste

Die Jahresrechnung 2013 der Stadt Uster weist einen Ertragsüberschuss von 2,5 Millionen Franken aus und präsentiert sich somit um 4,1 Mio. Franken besser als budgetiert. Die Abweichung zum Voranschlag ist hauptsächlich auf einen tieferen Personalaufwand und geringere Abschreibungen zurückzuführen.

Ertragsüberschuss von 2,5 Millionen Franken

Bei einem Aufwand von 227,6 Millionen Franken und einem Ertrag von 230,1 Millionen Franken weist die Laufende Rechnung der Stadt Uster einen Ertragsüberschuss von 2,5 Millionen Franken aus. In diesem Jahresergebnis sind nebst den ordentlichen Abschreibungen von 8,9 Millionen Franken auch 5,0 Millionen Franken ausserordentliche Abschreibungen mitberücksichtigt. Neben dem tieferen Personalaufwand und den geringeren Abschreibungen haben auch Minderausgaben bei den Ergänzungsleistungen zu AHV/IV zum besseren Ergebnis beigetragen. Der Personalaufwand wurde gegenüber dem Voranschlag durch die bereits im 2012 vorgenommenen Rückstellungen für die Sanierung der Beamtenversicherungskasse (BVK) spürbar entlastet.

Zunahme der Einfachen Staatssteuer

Bei den Steuern flossen mit 95,0 Millionen Franken rund 1,6 Millionen Franken weniger Einnahmen in die Stadtkasse als budgetiert. Vor allem zwei Faktoren zeichnen dafür verantwortlich. Zum einen konnte bei den Steuern der Vorjahre weniger verbucht werden und zum anderen brachten die Grundstückgewinnsteuern 1,1 Millionen Franken weniger ein als erwartet.

Positiv zu vermerken ist hingegen, dass die Einfache Staatssteuer 2013 (Basis 100%), rund 4% höher ausfällt, als im Vorjahr. Entsprechend haben auch die effektiven Steuereinnahmen um 2,8 Mio. Franken auf 70,2 Mio. Franken zugenommen. Im Voranschlag 2013 waren ordentliche Steuereinnahmen von 71 Mio. Franken eingeplant. Der Steuerfuss wurde unverändert bei 91% belassen. Während bei den natürlichen Personen eine Zunahme der Steuereinnahmen um 3% zu verzeichnen ist, beträgt der Zugang bei den juristischen Personen hohe 12%. Diese positiven Veränderungen sind insbesondere dem anhaltendem Bevölkerungswachstum und einer wirtschaftlichen Erholung bei international tätigen Unternehmen zuzuschreiben.

Gute Budgetdisziplin der Abteilungen in der Stadtverwaltung

Die positive Abweichung sämtlicher Geschäftsfelder beträgt bei den Globalkrediten 4,0 Mio. Franken und schliesst gesamthaft bei 101,7 Mio. Franken ab. Der bewilligte Globalkredit über alle Geschäftsfelder betrug 105,7 Mio. Franken. Die unter der Verantwortung des Stadtrates liegenden Geschäftsfelder, respektive deren Globalkredite sowie die parlamentarischen Dienste, haben um 4,0 Mio. Franken besser abgeschlossen als budgetiert. Die Primarschule hat ihren Voranschlag 2013 um 0,3 Mio. Franken unterschritten. Das Geschäftsfeld Sozialbehörde hat seinen bewilligten Kredit um 0,3 Mio. Franken überschritten.

Tiefes Investitionsvolumen im Verwaltungsvermögen

Die Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen sind mit knapp 20 Mio. Franken deutlich unter dem budgetierten Wert von 28,5 Mio. Franken. Auch dieser Wert liegt somit wie in den drei letzten Jahren unter den geplanten Investitionen. Mehrere Projekte konnten nicht im geplanten Zeitraum

oder Umfang begonnen bzw. realisiert werden. Dies betrifft insbesondere das Hallenbad (Sanierung und Erweiterung), die Werkliedenschaft Dammstrasse, der Neubau Schulhaus Krämeracker sowie diverse Vorhaben im Tiefbau. Nach Abschluss der Budgetierungsphase liegt die Verantwortung bezüglich Investitionstätigkeit bei den einzelnen Geschäftsfeldern. Die Budgetvorgaben müssen mit Unterstützung der Abteilung Finanzen noch stärker überwacht und begleitet werden. Eine Budgeteinhaltung von 80% bis 85% ist nach wie vor erstrebenswert.

Gemäss dem aktuellen Investitions- und Finanzplan (Voranschlag 2014) hat die Stadt Uster in den nächsten Jahren grosse Investitionen vor sich. Ein solches Investitionsvolumen ist für eine prosperierende Stadt in der Grösse von Uster als normal zu betrachten. Zudem werden die grossen Investitionen, im Rahmen des Budgetprozesses jährlich überprüft und gegebenenfalls im Zeitplan neu eingeordnet. Damit kann sichergestellt werden, dass alle Investitionsvorhaben realistisch und finanzpolitisch verträglich budgetiert werden.

Cash Flow deckt grossen Teil der Investitionen

Der Cash Flow HRM (Selbstfinanzierung Steuerhaushalt) beträgt 14 Mio. Franken (Voranschlag 2013 (13,8 Mio. Franken). Da jedoch im Steuerhaushalt 18,0 Mio. Franken investiert wurden, hat das Nettovermögen Steuerhaushalt im 2013 um die Differenz von 4,0 Mio. Franken abgenommen und beträgt neu 69 Mio. Franken.

Das Eigenkapital hat sich um den ausgewiesenen Ertragsüberschuss von 2,5 Mio. Franken erhöht. Die Stadt verfügt per 31. Dezember 2013 über ein Eigenkapital von 138,0 Mio. Franken (Vorjahr 135,5 Mio. Franken).

Zusammenfassung 2013 und Ausblick 2014

Die Stadt Uster weist mit einem Ertragsüberschuss von 2,5 Mio. Franken ein Rechnungsergebnis aus, das über den Erwartungen liegt. Dazu beigetragen hat das Kostenbewusstsein der Abteilungen, die im Vergleich zum Voranschlag 2013 tieferen Ergänzungsleistungen zu AHV und IV und die, verglichen mit der Jahresrechnung 2012, höheren Steuereinnahmen. Natürlich haben auch die bereits im 2012 gebildeten Rückstellungen für die BVK Sanierung einen positiven Einfluss auf das Ergebnis.

Dank dem positiven Cash Flow konnte die langfristige Verschuldung auf tiefem Niveau stabilisiert werden. Die Stadt verfügt nach wie vor über einen gesunden Finanzhaushalt mit einer soliden Eigenkapitalbasis und einem hohen Nettovermögen. Das Nettovermögen Steuerhaushalt hat sich aufgrund der getätigten Investitionen auf rund 69 Millionen Franken reduziert. Eine Summe die der Stadt Uster weiterhin eine gute finanzielle Handlungsfähigkeit zulässt.

Für das laufende Geschäftsjahr 2014 geht der Stadtrat derzeit (Stand Juni 2014), bei einem budgetierten Minus von knapp 500'000 Franken von einem positiven Ergebnis aus. Die Verbesserung ist grösstenteils auf eine zu erwartende Teil-Auflösung der Rückstellungen für die BVK-Sanierung zurückzuführen. Die Steuererträge für das laufende Jahr bewegen sich nach einem ersten Rechnungslauf im Rahmen des Voranschlags. Eine weitere Hochrechnung kurz vor den Sommerferien wird uns nähere Auskunft zur „Finanzierung 2014“ aufzeigen. Aktuell gehen wir von einem Mehraufwand in den Geschäftsfeldern „Sicherheit“ und „Sozialhilfe“ aus.

Gabriela Seiler (Walter Meier verliert in ihrer Abwesenheit deren Bericht)

Bericht aus der RPK zur Rechnung 2013

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende
Leider muss ich mich für die heutige Sitzung entschuldigen. Der Grund liegt nicht etwa darin, dass wir in der RPK Vorkommnisse aufgedeckt haben und ich mich aufgrund dieser Feststellungen nicht getraue, diese heute persönlich zu erwähnen. Ganz im Gegenteil.

Die RPK hat die Jahresrechnung 2013 und den NPM-Jahresbericht 2013 sowie die Rechnung der Sekundarstufe Uster an ihrer Sitzung vom 23. Juni 2013 beraten und alle drei Anträge einstimmig angenommen.

Neben der Prüfung durch die RPK, hat auch dieses Jahr eine externe Prüfung durch die BDO stattgefunden. Die Berichte der BDO sind uns rechtzeitig zur Verfügung gestanden.

Sowohl die BDO wie auch die Prüfer seitens der RPK halten in ihren Berichten fest, dass die Stadt Uster ihre Rechnung ordnungsgemäss geführt hat.

Seitens der RPK wurden sämtliche Geschäftsfelder eingehend geprüft. Die gemachten Feststellungen, Anregungen sowie die sich aus der Prüfung ergebenden Fragen inkl. Antworten seitens der Verwaltung, wurden in den entsprechenden Prüfberichten festgehalten.

Die RPK hat die Jahresrechnung 2013 und den NPM-Jahresbericht 2013 an ihrer Sitzung vom 23. Juni 2013 beraten und beide Anträge einstimmig angenommen. Selbstverständlich wurde anlässlich der letzten Sitzung auch die Rechnung der Sekundarstufe beraten und auch die einstimmig gutgeheissen.

Die RPK verzichtet anlässlich der heutigen Sitzung auf zusätzliche Referate zu den einzelnen Geschäftsfeldern, die Schlussbemerkungen sind an die Referenten aus den Sachkommissionen weitergeleitet worden.

*Gabi Seiler
Präsidentin RPK*

Wortmeldungen aus den Fraktionen

Matthias Bickel

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident

Geschätzte Anwesende

Die FDP-Fraktion freut sich mit dem Stadtrat über den positiven Rechnungsabschluss 2013, der unter anderem dank guter Budgetdisziplin der Abteilungen erreicht wurde! Ebenso erfreulich ist die Tatsache, dass die Stadt Uster weiterhin eine tiefe Verschuldung mit solider Eigenkapitalbasis vorweist. Dies wird für die Finanzierung der kommenden Grossinvestitionen, wie die Sanierung und Erweiterung des Hallenbads, nötig sein!

Vom guten Rechnungsabschlusses darf man sich jedoch nicht blenden lassen: Die Ausgaben nehmen weiterhin zu. Auch setzt sich der Trend weiter fort, dass der Kanton den Gemeinden neue Aufgaben überträgt, dafür aber die Kosten nicht übernehmen will. Die Mehrleistungen, welche Uster als drittgrösste Stadt des Kantons zusätzlich zu tragen hat, verstärken diesen Trend noch zusätzlich. Die FDP-Fraktion wird diese Entwicklung im Auge behalten und auch inskünftig auf einen massvollen Finanzhaushalt achten.

Die FDP-Fraktion wird den Antrag annehmen.

Für die FDP-Fraktion:

Matthias Bickel, Gemeinderat, Präsident FDP-Fraktion.

Uster, 30. Juni 2014.

Balthasar Thalmann

Herr Präsident

Geschätzte Anwesende

7. April 2013, 2.07,44: Sieg Zürich Marathon

10. Mai 2014, 48,32: Sieg Grand Prix von Bern

August 2014, möglicherweise Europameister über die Marathondistanz

Juni 2013, Johannesburg, Encounters Film Festival

23.11.2014, London Jazzfestival

2008 Shanghai, Gründung einer Tochterfirma

All das sind Eckdaten von Erfolgsgeschichten mit Ihrem Ursprung in Uster: der Marathonläufer Tadesse Abraham, der Percussionist Lucas Niggli oder die Firma Lenzlinger.

Diese Geschichten sind beispielhaft dafür, welches Potenzial in Uster steckt. Dieses Potenzial kann allerdings nur ausgeschöpft werden, wenn die Stadt eine führende Rolle einnimmt, wenn es um Fragen über die Zukunft der Stadt geht. Wenn man die Wahlversprechen der einzelnen Parteien gelesen hat, dann scheinen alle den Willen zu haben, Uster einen Schritt vorwärts zu bringen. Der Beweis steht noch aus.

Das dies gelingt, sind folgende vier Punkte zu beachten:

1. Die Stadt muss fähig sein zu handeln.

2. Die Stadt muss willens sein, zu handeln und proaktiv die Zukunft gestalten.

3. Die Verantwortlichen müssen ein starkes Gespür für das gemeinschaftliche Wohl haben.

4. Die Verantwortlichen müssen eine Politik des Dialogs pflegen.

Zum ersten: die Stadt ist dann handlungsfähig, wenn die finanzielle Basis gesund ist. Die Rechnung 2013 zeigt es: diese Voraussetzung ist weitgehend erfüllt. Die Stadt ist dann handlungsfähig, wenn sie genügend gutes Personal hat. Die Stadt ist dann handlungsfähig, wenn sie über Grundeigentum verfügt. Da sehen wir großen Handlungsbedarf. Obwohl der Leistungsauftrag klar ist, nämlich strategisch wichtige Liegenschaften zu kaufen, wurden selbst in den letzten vier Jahren immer noch weit mehr Liegenschaften verkauft als gekauft. Das akzeptiert die SP nicht mehr länger und erwartet vom Stadtrat eine deutliche Kurskorrektur.

2. Man muss auch handeln wollen: durch Nicht-Handeln geht wertvolle Zeit und Handlungsspielraum verloren. Dazu fallen vor allem zwei Sachen auf: nach wie vor wird zu wenig investiert. Statt die längst fälligen Investitionen zu tätigen, schiebt die Stadt weiterhin ein Investitionsberg vor sich her. Dies führt dazu, dass plötzlich Bedenken aufkeimen, dass die Stadt in der Lage ist, die eigentlich unbestrittenen Grossinvestitionen zu tätigen. Und absolut nicht glaubwürdig kommt die Immobilienpolitik daher. Regelmäßig finden – so unsere Informationen – an strategisch wichtigen Lagen Handänderungen statt und immer wieder gelingt es der Stadt offenbar nicht. Offensichtlich fehlt es am Willen und an einer guten Strategie. Das ist wohl der grösste Tolle im Reinheit der stadträtlichen Finanzpolitik.

3. Zum Sinn für gemeinschaftliches Wohl: was aus einer Sicht vielleicht für sinnvoll erscheint, mag aus anderer Sicht genau das Gegenteil zu sein. Als Stadt bleibt uns gar nichts anders übrig, als alle Sichtweisen zu beleuchten und letztlich die für das Gemeinwohl besten Variante zu verfolgen. Das mag für einzelne Interessen dann ungünstig und vielleicht auch mal unangenehm und unpopulär zu sein. Für eine prosperierende Zukunft der Stadt unabdingbar.

4. Eine Politik des Dialogs ist unerlässlich: Nur so nimmt man unterschiedliche Interessen frühzeitig wahr. Nur so verringert man die Gefahr, am Ende eines Projekts plötzlich mit unerwarteten Widerständen konfrontiert zu sein. Nur so kann es gelingen, an einem Tisch nach Lösungen zu suchen und nur so kann es gelingen, Vorurteile oder Misstrauen gar nicht entstehen zu lassen. Wir sind der Meinung, dass auch Indonesien Bereich die Ustermsee Politik noch Luft nach oben hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sie spüren es: Die SP sieht ein großes Potenzial in Uster. Die SP möchte eine Finanzpolitik, die das Wohl der Stadt in den Vordergrund setzt. Ja, wir sind stolz auf unsere Stadt und möchten auch in die Zukunft von Uster investieren. Dafür setzen wir uns ein.

*Besten Dank.
Balthasar Thalmann*

Thomas Wüthrich verliest das Referat des abwesenden Patricio Frei.

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Die Grünen nehmen mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die Stadt Uster das Jahr 2013 mit einem Einnahmenüberschuss von 2,5 Mio. Franken abschliesst. Es zeigt sich, dass die kleinmütigen Kürzungsanträge der Bürgerlichen anlässlich der Budgetberatung überflüssig waren. Stadtrat und Verwaltung haben einmal mehr gezeigt, dass sie mit Steuermitteln sorgfältig und verantwortungsbewusst umzugehen wissen. Die Jahresrechnung beweist, dass sich Uster die anstehenden Grossprojekte leisten kann – es ist keine Frage des Geldes sondern nur eine Frage des politischen Willens.

Angesichts der Komplexität der anstehenden Projekte überrascht es die Grünen nicht, dass nicht alle geplanten Investitionen getätigt werden konnten. Und darum ist ein Lamentieren darüber, dass der Investitionsrahmen nicht ausgeschöpft wurde, fehl am Platz.

Die Jahresrechnung zeigt aber vor allem, dass die so genannte bürgerliche Sparpolitik mit ihren kleinmütigen Kürzungsanträgen in der Budgetdebatte in erster Linie leere Finanzsymbolik, aber sachlich nicht notwendig ist und mehr schadet als das sie nützt.

In Uster ist genügend Geld vorhanden, damit sich die Stadt, die Einwohnerinnen und Einwohner Usters, die anstehenden Grossprojekte leisten kann. Auch die Mittel für grüne Anliegen wie die Umsetzung des Velokonzepts, die Förderung des ökologischen und des preiswerten Wohnungsbaus, wie sie die Volksinitiative EcoViva verlangt, sowie die Umsetzung des Nachhaltigkeitsartikels sind zweifellos vorhanden. Die Definition der finanziellen Möglichkeiten der Stadt ist keine Frage des Geldes sondern eine Frage des politischen Willens!

Stadtrat und Verwaltung haben einmal mehr bewiesen, dass sie mit den Globalkrediten verantwortungsbewusst umzugehen wissen. Es zeigt sich sogar, dass die (teuerungsbereinigten) Kosten pro Einwohnerin und Einwohner im Vergleich zum Vorjahr um 2,6% gesunken sind. Dafür sprechen wir Grünen den Mitarbeitenden der Stadt ein grosses Dankeschön aus – dem auch mal mit einer Einmalzulage in die Lohntüte Ausdruck gegeben werden könnte.

Nachdem wir Grünen in der Vergangenheit den Stadtrat dafür kritisiert haben, dass er den eigenen finanzpolitischen Zielen untreu werde, darf man auf die vom Stadtrat angekündigte Neuformulierung dieser Ziele gespannt sein. Es sollen in Bezug auf die grossen Investitionen neue Schwerpunkte und Termine gesetzt werden. Angesichts dessen, dass die Zahlungen aus dem Finanzausgleich in nächster Zukunft schrumpfen werden, dürfen dabei auch Steuererhöhungen kein Tabu sein. So wie wir Grünen es schon für den Voranschlag 2014 weitsichtig gefordert hatten.

*Patricio Frei,
Fraktionspräsident Grüne*

Bruno Modolo

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Die SVP/EDU-Fraktion nimmt die Rechnung 2013 als solides Ergebnis zur Kenntnis. Musste beim Voranschlag 2013 noch von einem Aufwandüberschuss von 1,6 Millionen Franken ausgegangen werden, kann nun ein deutlich erfreulicherer Ergebnis mit einem Ertragsüberschuss von 2,5 Millionen Franken präsentiert werden. Zum guten Resultat beigetragen hat unter anderem die gute Budgetdisziplin in den Abteilungen.

Bei näherer Betrachtung muss das positive Ergebnis relativiert werden. Infolge des geringeren Investitionsvolumens mussten weniger ordentliche Abschreibungen getätigt werden. Ebenso fielen ursprünglich geplante BVK-Sanierungsbeiträge nicht mehr ins Gewicht, da sie bereits im Geschäftsjahr 2012 verbucht wurden. Diesen beiden Umständen verdanken wir weitgehend den positiven Abschluss.

Dass das geplante Investitionsvolumen nicht im gewünschten Umfang realisiert wurde, ist für uns nachvollziehbar: So zeichnete sich einerseits das Parlament für eine weitere Verzögerung des Schulhauses Krämeracker verantwortlich, andererseits leistete das Volk ebenso seinen Beitrag, indem es die Busswendeschlaufe bei der Schiffflände an der Urne ablehnte.

Durch den Abbau der langfristigen Schulden über die letzten Jahre konnte die Stadt Uster eine solide Basis schaffen, die nun anstehenden Grossprojekte – Hallenbad, Dammstrasse und Schulhaus Krämeracker – zu realisieren und vor allem zu finanzieren.

Die SVP/EDU-Fraktion nimmt die Jahresrechnung 2013 positiv zur Kenntnis und stimmt dem stadträtlichen Antrag zu.

Wir erwarten aber, dass der Stadtrat den eingeschlagenen Weg für einen gesunden Finanzhaushalt beibehält, damit in Uster auch in Zukunft weitere Projekte umgesetzt werden können.

Uster, 25. Juni 2014

*SVP/EDU-Fraktion, Gemeinderat Uster
Bruno Modolo, GR*

Jürg Gösken

*Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Anwesende*

Nicht ganz so erfreut wie bei der Sekundarstufe, aber immer noch zustimmend nimmt unsere Fraktion von Jahresrechnung und NPM-Jahresbericht 2013 der Politischen Gemeinde Uster Kenntnis.

2013 konnte unspektakulär und weitgehend in der Tradition der letzten Jahresrechnungen abgeschlossen werden:

Wiederum fiel das Ergebnis unter dem Strich wesentlich besser aus als budgetiert und anstatt eines relativ kleinen Defizits konnte gar ein kleiner Ertragsüberschuss erzielt werden. Das ist natürlich wenigstens auf den ersten Blick positiv und vermittelt den Eindruck, dass gut gehaushaltet wurde.

Wiederum wurden aber wichtige und selbstgesteckte Finanzziele nicht erreicht, die strukturellen Anpassungen erneut verschoben und die immer drängenderen Fragen bleiben unbeantwortet, wie die Stadt für die anstehenden Grossinvestitionen gewappnet wäre, ohne in grossem Stil und sehr langfristig Schulden zu machen.

Die lobenswerte Budgetdisziplin, welche in allen Geschäftsfeldern zu besseren Abschlüssen als budgetiert geführt hat – auch die im Vorjahr teilweise heftig kritisierte Primarschule konnte diesmal um 300T CHF unter Budget abschliessen – haben einen Teil zum besseren Ergebnis beigetragen, während externe Faktoren, sowie die vorgezogenen BVK-Sanierungsbeiträge für den Rest verantwortlich zeichnen.

Dennoch entwickeln sich ganz in der Tradition der Vorjahre auch die Sorgenkinder „prächtig“ weiter:

- *Die Verwaltungslöhne haben gegenüber Vorjahr um 3.6% zugenommen und dies obwohl einzelne bewilligte Stellen noch gar nicht besetzt werden konnten.*
- *Die Abhängigkeit vom sehr hohen kantonalen Steuerkraftausgleich hat weiter zugenommen. Ein ausgeglichener Haushalt wird dadurch immer unsicherer.*
- *Die aus verschiedenen Gründen nicht realisierten Investitionen liegen auch gemäss Stadtrat weit unter dem Zielwert und zugleich klumpen sich die vielen kleinen Projekte mit den ganz grossen Projekten – namentlich Hallenbad, Schulhaus Krämeracker und Werkliengenschaft Dammstrasse – zu einer enormen Investitionsbelastung zusammen.*

Wie diesen Fehlentwicklungen und Risiken konkret begegnet werden soll, lässt der Stadtrat weiter offen. Die Jahresrechnung 2013 hat hierzu noch keine Trendwende gebracht und trägt trotz positivem Abschluss unter dem Strich zu wenig bei, die anstehenden Herausforderungen zu meistern.

Die Berichte zum Rechnungsjahr geben naturgemäss Auskunft zu den erbrachten Leistungen, den verursachten Kosten und den erzielten Einnahmen. Die Anträge zur Jahresrechnung 2013 sowie zum NPM-Jahresbericht 2013 kann unsere Fraktion in diesem Sinne einstimmig annehmen. – ich danke.

Für die Fraktion Grünliberale-EVP-BDP-CVP

Jürg Gösken

Balthasar Thalmann ergreift das Wort und erwähnt an die Adresse der GLP/EVP/CVP/BDP-Fraktion bzw. an diejenige der SVP/EDU-Fraktion, dass in Uster vier Grossprojekte hängig sind: Stadthaus II, Hallenbad, Krämeracker und Dammstrasse.

Paul Stopper bemerkt, dass auch die Unterführung Winterthurerstrasse dazuzuzählen wäre.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

6.2 Behandlung der Geschäftsfelder

LA Parlamentarische Dienste

Für die Geschäftsleitung referiert **Walter Meier**.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Der Globalkredit, welche die Aufwendungen des Gemeinderats und der parlamentarischen Dienste umfasst, schliesst mit Ausgaben von Fr. 535'000 ab; d.h. rund Fr. 22'000 des Globalkredits wurden nicht ausgeschöpft. Bei den Kennzahlen fällt auf, dass wir einerseits etliche Einzelinitiativen zu behandeln hatten und andererseits, dass weniger Anträge vom Stadtrat / Primarschulpflege und SSU gekommen sind als auch schon. Darunter waren jedoch einige Geschäfte, welche für die Behandlung speziell aufwendig waren, z.B. Hallenbad, Krämeracker usw. Das hat dazu geführt, dass wir nicht weniger Gemeinderats- und Kommissionssitzungen durchgeführt haben als geplant. Vielleicht aber waren sie im Durchschnitt etwas kürzer als im Vorjahr.

Die Geschäftsleitung empfiehlt Ihnen einstimmig, die Jahresrechnung / NPM-Bericht LA Parlamentarische Dienste zu genehmigen.

Walter Meier, GR

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Geschäftsfeld Steuerung und Führung

Für die vorbehandelnde Kommission referiert **Thomas Wüthrich**.

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Da die zahlreichen Fragen zum GF Steuerung und Führung umfassend beantwortet worden war, gab das Geschäftsfeld in der KÖS nichts mehr zu diskutieren. Darum nur drei Anmerkungen.

1. Es ist erfreulich, dass das GF mit den zur Verfügung stehenden Mitteln sorgfältig umgegangen ist und das Budget sogar noch um rund 5% unterschritten hat.

2. In der Einleitung Seite B 1 ist im Absatz zur LG Öffentlichkeit auch von einem eigenen Publikationsorgan für die Stadt die Rede. Da das Thema uns möglicherweise dieses Jahr noch beschäftigen wird, will ich nicht näher darauf eingehen. Erstaunlich ist aber, dass die Gratisausgabe des AvU nur etwa 80% der Ustermer Bevölkerung erreicht und damit die rechtlichen Vorgaben für ein amtliches Publikationsorgan gerade noch so erfüllt werden.

3. Noch etwas in eigener Sache. Als Begründung für die erneute Verzögerung bei der Publikation der städtischen Rechtserlasse, Seite B 1, wurde von der Exekutive darauf hingewiesen, dass der Stadtschreiber-Stellvertreter (SSS) konstant stark ausgelastet sei. Dazu beigetragen habe unter anderem der Umstand, dass der SSS sowohl durch die Parlamentsdienste wie auch durch Gemeinderäte immer wieder in rechtlichen Belangen kontaktiert wurde. Die Exekutive hält diesen Zustand für untragbar. Kleinere Abklärungen müssten der Gemeinderat selber treffen können, für grössere Anliegen müsste eben ein externer Rechtsberater eingekauft werden. Und überhaupt nicht einverstanden ist die Exekutive mit der Tatsache, dass der SSS quasi das Sekretariat der IPK führt. Die Exekutive vertritt deutlich den Standpunkt, dass Exekutive und Legislative noch besser zu trennen seien. Der aktuelle Zustand sei nicht tragbar. In der Kommission wurde angeregt, das Thema einmal in der GL des GR zu diskutieren.

Die KÖS hat den NPM-Bericht zum GF Steuerung und Führung einstimmig genehmigt.

*Für die KÖS
Thomas Wüthrich
Gemeinderat*

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Geschäftsfeld Bürgerrecht und Dienste

Für die vorbehandelnde Kommission referiert **Bruno Modolo**.

Sehr geehrter Herr Präsident

Geschätzte Anwesende

Die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit stellte der Exekutive einen mehrseitigen Fragenkatalog zu, der termingerecht, ausführlich und gut nachvollziehbar beantwortet wurde.

An der Sitzung vom 26.5.2014 wurde mit Abteilungsleiter Präsidiales und dem Stadtpräsidenten das Geschäftsfelder Bürgerrecht und Dienste besprochen, kommentiert und diskutiert. Das Gespräch fand in einer offenen und konstruktiven Atmosphäre statt.

Mit Blick auf die Zahlen hat sich erfreulicherweise gezeigt, dass in diesem Geschäftsfeld sorgfältig gearbeitet wurde. Der Fragenkatalog wurde ausführlich und nachvollziehbar beantwortet. Es hat sich dank der schriftlichen Antworten der Verwaltung gezeigt, dass die Budgetvorgaben im akzeptablen Bereich eingehalten wurden.

Speziell zu erwähnen sind folgende Punkte:

- a) Es kann davon ausgegangen werden, dass mit der neuen Gebührenanpassung 2014 der Kostendeckungsgrad erreicht wird.*
- b) In der Leistungsgruppe Friedensrichter wird vorerst auf die Festlegung von Indikatoren verzichtet, da sich mögliche Indikatoren weder direkt noch indirekt auf die materielle Tätigkeit des Friedensrichters auswirken. Die Aufsichtsbehörde ist in erster Instanz das Bezirksgericht, zweitinstanzlich das Obergericht des Kantons Zürichs. Was die Kennzahlen betrifft wird eine Überprüfung der Kennzahlen K01 bis K09 insbesondere betreffend Prognostizierbarkeit auf den Leistungsauftrag 15-18 vorgenommen werden. Dabei ist aber zu beachten, dass das Friedensrichteramt fachlich dem Bezirksgericht unterstellt ist und von dort auch visitiert wird.*
- c) In der Leistungsgruppe Stadtammann- und Betreibungsamt spiegelt sich die Tendenz der steigenden Betreuungszahlen in der stetig zunehmenden Zahl der Personen im Betreuungskreis zu dem neben Uster auch Egg, Greifensee und Mönchaltorf gehören.*

Der markante Anstieg der Pfändungen sei das Ergebnis des Insistierens und vermehrter detaillierter Sachbearbeitung in Pfändungsfragen über die üblichen Lohnpfändungen hinaus. Zudem sei die Schuldnerschaft vermehrt nicht mehr in der Lage, die in die Betreuung gesetzte Forderung innerhalb der gesetzlichen Zahlungsfrist von 20 Tagen zu begleichen.

Da die effektiven Zahlen von K12 weit weg vom Zielwert liegen, wird diese im Leistungsauftrag 15-18 angepasst.

Die KÖS hat den NPM-Jahresbericht 2014 für das GF Bürgerrecht und Dienste an der Sitzung vom 16. Juni 2014 einstimmig gutgeheissen.

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit

Bruno Modolo

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Geschäftsfeld Kultur

Für die vorbehandelnde Kommission referiert **Ursula Räuftlin**.

*Sehr geehrter Herr Präsident,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

An der Sitzung vom 2. Juni 2014 hat die KBK das Geschäftsfeld Kultur behandelt. Anwesend war der zuständige Kulturbeauftragte Christian Zwinggi. Der ebenfalls für dieses Geschäftsfeld zuständige Stadtpräsident liess sich an dieser Sitzung entschuldigen.

Das GF Kultur beantragte für das Jahr 2013 einen Globalkredit über CHF 3.598 Mio. und erzielte ein Ergebnis von CHF 3.394 Mio. also eine Kostenunterschreitung von 5.6 %. Der Anteil der budgetierten aber dann bereits im 2012 belasteten BVK-Sanierung an dieser Kostenunterschreitung von CHF 204'000 beträgt CHF 44'000.

Die weitere Budgetunterschreitung liegt zu einem wesentlichen Teil in der LG arts.kultur begründet. In dieser Leistungsgruppe wurden einerseits höhere Beiträge vom Kanton ausbezahlt (in der Grössenordnung von CHF 50'000), andererseits fanden einige grössere angekündigte Veranstaltungen wie beispielsweise „Landauf bachab“ nicht statt. Zudem weist der in dieser Leistungsgruppe ausgewiesene Eigendeckungsgrad im Zeughaus einen hohen Wert von 170 % auf. Dies einerseits, da das Zeughaus zu 100 % ausgelastet ist und andererseits die Unterhaltskosten im Jahr 2013 sehr tief waren. Für die geplante Kulturagenda konnte ein Verein gegründet werden, dem fast alle Kulturanbietenden angehören.

Die Stadt Uster hat im Jahr 2013 81 Gesuche zu Förderbeiträgen Kultur gutgeheissen und dafür insgesamt CHF 593'300 ausbezahlt. Die Liste der unterstützten Empfänger ist transparent auf der Homepage der Stadt Uster veröffentlicht. Voraussetzung für den Erhalt von Förderbeiträgen ist der Bezug zu Uster, die Zugänglichkeit für alle und es muss sich um ein meritorisches Gut handeln, also im öffentlichen Interesse aber ungenügend durch den Markt bereitgestellt sein. Mit den Kulturanbietern werden Leistungskontrakte abgeschlossen.

In der LG sozio.kultur zeigte sich, dass die Internetplattform „gross rauskommen in Uster“ von den Jugendlichen nicht akzeptiert wird. Die Plattform bleibt weiterhin im Einsatz, es wird aber nicht mehr weiter darin investiert. Die Fachstelle Integration des Kantons wird künftig 50% der Integrationskosten übernehmen um damit dem vom Bund geforderten Ausbau der Integrationsleistungen ab 2014 zu erfüllen. Der Vertrag mit dem Kanton verpflichtet die Stadt Uster als zusätzliche Massnahme Erstgespräche durchzuführen.

Die Regionalbibliothek lief auch im Jahr 2013 noch unter dem alten Vertrag. Die Vorbereitungen zum neuen Regionalbibliotheksvertrag sind auf Kantonsseite wegen einer Neubesetzung der Stelle des Bibliotheksbeauftragten weiter in Verzug. Die Verhandlungen werden frühestens Ende 2014 abgeschlossen sein. Den langjährig angestrebten Gesamtmedienbestand wird man nicht erreichen,

da man nicht Ladenhüter rumstehen lassen will, es wird stattdessen eher auf die Aktualität der Medien als die effektive Anzahl geachtet. Die neue Möglichkeit der Onleihe-Ausleihen kann durchaus einen Einfluss auf die effektiven Eintritte in der Bibliothek haben.

Das GF gab in der Kommission zu keinen weiteren inhaltlichen Diskussionen Anlass. Die KBK empfiehlt einstimmig die Annahme dieses Geschäftsfeldes. Auch die Revision der Rechnungsprüfungskommission gab zu keinen wesentlichen Beanstandungen Anlass. Aus diesem Grund wird auf ein separates RPK-Referat verzichtet.

*Für die KBK
Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Geschäftsfeld Finanzen

Für die vorbehandelnde Kommission referiert **Markus Wanner**.

Die Subkommission der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit traf sich für die Besprechung der Rechnung 2013 des Geschäftsfeldes Finanzen, Kapitel E im Jahresbericht, mit Stadtrat Werner Egli und dem Abteilungsleiter Finanzen Patrick Wolfensberger. Alle Fragen der Kommission wurden an dieser Sitzung beantwortet.

Das Geschäftsfeld Finanzen beinhaltet nebst den Leistungsgruppen Finanzverwaltung und Informatik auch die LG Steuern. Die Einnahmen aus dem Finanzausgleich, den Steuern, dem Gewinnanteil ZKB und den Konzessionsabgabe der energie uster AG werden vom Geschäftsfeld Finanzen nicht direkt beeinflusst. Informationen zu den Steuern und zum Finanzausgleich sind in der der Jahresrechnung 2013 auf den Seiten A-4 bis A-10 detailliert dargestellt.

Mit einem Ergebnis von CHF 313'000 wurde der Globalkredit von CHF 687'000.- um CHF 374000.- unterschritten. Die zwei grössten Abweichungen sind:

- *GF Finanzen: Hier führten vakante Stellen und Rotationsgewinne zu tieferen Personalkosten. Die Stelle Finanzcontrollerin wurde inzwischen besetzt, die Assistenzstelle Abteilungsleiter Finanzen, welche auf 2012 geschaffen wurde, sollte im 2. Semester 2014 besetzt werden können.*
- *LG Informatik: Bei der Implementierung von Windows / und Office 2010 mussten weniger Ersatzbeschaffungen getätigt werden als budgetiert.*

Das Geschäftsfeld wollte im 2013 das Beitragswesen zur Sicherstellung einer Gleichbehandlung neu koordinieren. Beitragsgesuche können in mehreren Geschäftsfeldern eingereicht werden, eine Koordination fehlt in der Stadt. Die Bereinigung des Beitragswesens ist noch nicht abgeschlossen. Für Beitragsgesuche soll eine Prozessbeschreibung erstellt werden, damit Gesuche besser koordiniert werden können.

Im Rechnungsjahr 2013 wurde die Wirkungsprüfung in der Leistungsgruppe Finanz- und Rechnungswesen durchgeführt. Beim Indikator 103 Kostendeckungsgrad Mandanten werden nicht die Vollkosten berücksichtigt. Hier wäre eine gesamtstädtische Regelung für die Berechnung von Vollkosten resp. Kostendeckungsgrade angebracht.

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit empfiehlt einstimmig, den NPM-Jahresbericht des Geschäftsfelds Finanzen zu genehmigen.

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Geschäftsfeld Liegenschaften

Für die vorbehandelnde Kommission referiert **Markus Wanner**.

Die Subkommission traf sich für die Besprechung der Rechnung 2013 des Geschäftsfelds Liegenschaften, Kapitel F im Jahresbericht, mit Werner Egli, Stadtrat, Patrick Wolfensberger, Abteilungsleiter Finanzen, und Thomas Bornhauser, Leiter Liegenschaften. Alle Fragen der Kommission wurden an dieser Sitzung beantwortet.

Mit einem Ergebnis von CHF 8'276'000.- wurde der Globalkredit um CHF 44'000.- leicht überschritten.

In der Leistungsgruppe Baumanagement muss der Indikator I05 „Unterhaltskosten in % der Gebäudeversicherungswerte der strategischen Gebäude“ mit 1,32% im Auge behalten werden. Dieser Indikator misst die Unterhaltskosten der letzten 10 Jahre im Verhältnis zum Gebäudeversicherungswert. Als allgemein anerkannter Standardwert gelten 2% für den Substanterhalt. Wir sind hier also einiges tiefer

Im Rechnungsjahr 2013 wurde die Wirkungsprüfung in der Leistungsgruppe Grundstückbewirtschaftung durchgeführt. Für diese Leistungsgruppe wurden in den vergangenen Jahren keine Indikatoren festgelegt. Es ist nicht die einzige Leistungsgruppe, bei derer keine Indikatoren festgelegt sind, trotzdem ist dies nicht ideal. Die Kommission wird versuchen, auf nächstes Jahr sinnvolle Indikatoren festzulegen.

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit empfiehlt einstimmig, den NPM-Jahresbericht des Geschäftsfelds Liegenschaften zu genehmigen.

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Geschäftsfeld Infrastrukturbau und Unterhalt

Für die vorbehandelnde Kommission referiert **Balthasar Thalmann**.

*Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Das Geschäftsfeld Infrastrukturbau und Unterhalt ist für den Bau und Betrieb der Straßen und Abwasserentsorgung zuständig. Es prägt also ganz Wesentlich das Gesicht der Stadt mit. Was gab es zu diskutieren?

1. Die Wirkungs- und Leistungskontrolle wurde für die Leistungsgruppe Infrastrukturmanagement durchgeführt. Es gibt dort keine Indikatoren. Die KPB ist der Meinung, dass der Leistungsauftrag mit Kennzahlen richtig formuliert ist und es kein Handlungsbedarf gibt.

2. Obwohl es nicht Gegenstand der Rechnung 2013 ist, ist die KPB der Meinung, dass die Investitionsplanung 2015 im Vergleich zu 2014 differenzierter ausgestaltet wird: am Globalkredit für die Investitionen soll festgehalten werden. Der Gemeinderat soll aber darüber befinden können, welche Investitionen mit 1. und welche mit 2. Priorität angegangen werden sollen.

3. Erwähnenswert ist ein Forschungsprojekt: die ARA Uster beteiligt sich an einem Forschungsprojekt, welches zum Ziel hat, Verfahren zu definieren, wie Restsubstanzen im Abwasser wie Rückstände von Medikamenten eliminiert werden können.

4. Und zuletzt verlangt die KPB bezüglich Uster West und Unterführung Winterthurerstrasse eine proaktive Informationspolitik des Stadtrates. Es kann nicht sein, dass die Öffentlichkeit bestenfalls einmal jährlich über den Stand der Dinge informiert wird, nämlich nur dann, wenn der Stadtrat gegenüber dem Gemeinderat einen Antrag unterbreiten muss. Diese zurückhaltende Informationspolitik schafft letztlich Unbehagen und Misstrauen. Das kann nicht Ziel der Übungsanlage sein.

Auch aus der RPK gibt's nichts weiteres zu berichten. Auch sie beantragt einstimmig Zustimmung zum stadträtlichen Antrag.

Besten Dank.
Balthasar Thalmann

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Geschäftsfeld Stadtraum und Natur

Für die vorbehandelnde Kommission referiert **Bea Mischol**.

Das GF Stadtraum und Natur beantragte für das Jahr 2013 einen Globalkredit über CHF 3.875 Mio. und erzielte ein Ergebnis von CHF 3.877 Mio. also mit einer kleinen Kostenüberschreitung von 2'000 CHF fast eine Punktlandung.

Durch den Umbau des Zellwegerwehrs konnte über gewisse Zeitabschnitte kein Wasser der Turbine zugeführt werden, was sich negativ auf die Stromproduktion auswirkte.

Im 2013 war der Aufwand der Unterhaltsarbeiten bei Grünanlagen höher.

Im Dezember 2013 konnten 70 gedeckte neue Veloabstellplätze am Bahnhof Uster zur Verfügung gestellt werden. In einer Arbeitsgruppe zusammen mit der SBB sucht man am Bahnhof Uster und Nänikon-Greifensee nach weiteren Veloabstell-möglichkeiten.

Der Spielplatz Rebenweg sollte noch in diesem Sommer fertig werden.

Wir durften einen Blick in den Entwurf des Masterplans 2050 werfen.

Nach wie vor bleiben die Gebiete Eschenbühl in der Reservezone. Es werden keine Bauzonen genehmigt, bis die Sache mit der Kulturlandinitiative geklärt ist.

Ansonsten wurden die Abweichungen als Kommentar verständlich vermerkt. Das GF gab in der Kommission zu keinen weiteren inhaltlichen Diskussionen Anlass. Die KPB empfiehlt einstimmig die Annahme dieses Geschäftsfeldes.

Für die KPB
Mischol

Bea

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Geschäftsfeld Hochbau und Vermessung

Für die vorbehandelnde Kommission referiert **Wolfgang Harder**.

GF Hochbau und Vermessung

Thomas Kübler führt durch den Bericht NPM 2014, ab Seite I/1 bis IG und teilt zusammengefasst mit, dass die Bautätigkeit in Uster weiterhin sehr hoch ist.

In Bezug auf das Contracting des EKZ wird erklärt, dass das Wasser gratis abgegeben wird. Das EKZ erstellt alle Leitungen und verkauft die Wärme, wobei im Prinzip eine Zwangsabnahmeverpflichtung für die angeschlossenen Kunden besteht, solange nicht nachgewiesen wird, dass günstigere Alternativen bestehen. Das Modell scheint sich zu bewähren.

LG Vermessung

Keine zusätzlichen Bemerkungen.

LB Baubewilligung und –beratung

Die angepasste Gebühr ist – politisch gewollt – nicht ganz kostendeckend. Aber die neue Gebühr wirkt sich positiv auf die Gesamtkosten aus,

Die Beiträge an Denkmalschutz für Bauten etc. wurden nicht ausgeschöpft.

Beim Brandschutz erhofft man sich mehr Inhousekompetenz beschaffen zu können.

Nicht erreicht wurde das gesteckte Ziel, 80% der Gesuche innerhalb der Verfahrensfristen zu erledigen.

Fälle, die an externe Berater vergeben wurden sind um rund 100% höher als budgetiert. Guts Grund dafür ist die Tatsache, dass es sehr schwer ist, gut qualifiziertes Personal zu erhalten.

Selbsterkennend wurde festgehalten, dass externe Büros teurer sind als angestellte Mitarbeiter

LG Architektur und Denkmalpflege

Von den 33 Geschäften kommen ca. 10 in die Kommission. Die Subkommission regt an, die Aufgaben und die Grundlagen sowie die Richtlinien für die Denkmalpflege öffentlich besser zu kommunizieren. Die Stadtbildkommission arbeitet bereits daran.

Der Indikator I01 lautet: Die Stadtbildkommission führen. Das Kriterium ist sehr offen. Präsident und Vizepräsident der KPB haben die Einladung zur letzten öffentlichen Sitzung am 26.6 angenommen und vor Ort geprüft, wie die Stadtbildkommission geführt wird. Das Resultat hat überzeugt. Die Stadtbildkommission wird gut geführt.

Die Sitzung erfolgte konstruktiv und informativ. Das neue Mitglied der Subko erhielt angemessen Zeit, um Fragen zu stellen, die offen beantwortet wurden. Es kann festgehalten werden, dass das Geschäftsfeld Hochbau und Vermessung gut aufgestellt ist.

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Geschäftsfeld Koordination Bildung

Für die vorbehandelnde Kommission referiert **Anita Borer**.

Die Fragen der Subkommissionsmitglieder dieses Geschäftsfeldes wurden am 27. Mai 2014 in Anwesenheit von Primarschulpflege und Primarschulverwaltung beantwortet.

Die Mehrkosten in der Schulverwaltung seien infolge zwei anstehender Pensionierungen sowie zwei angekündigter Stellenwechsel entstanden. Zudem seien die Stellen aufgrund steigender Anforderungen in der Lohntabelle mehrheitlich höher eingestuft worden.

Der angestrebte Anteil von Kindern, die den Gruppenunterricht der Musikschule Uster-Greifensee (MSUG) besuchen, konnte nicht erhöht werden. Grund dafür sei, dass dieser Anteil natürlichen Schwankungen unterliege. Immerhin könne im neuen Jahr ein erhöhter Anteil erreicht werden. Die Rechnung des GF Koordination Bildung wurde von der Kommission für Bildung und Kultur (KBK) einstimmig genehmigt. Die RPK hat an der Sitzung vom 23. Juni den NPM-Jahresbericht zum GF Koordination Bildung behandelt. Aus der RPK gibt es weder Bemerkungen noch Anträge. Aus diesem Grund entfällt ein RPK-Referat.

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Geschäftsfeld Sicherheit

Für die vorbehandelnde Kommission referiert **Giuseppe Biacchi**.

*Verwaltung : Stadtverwaltung Uster
Geschäftsfeld : Sicherheit
Kontrollorgan : RPK
Datum der Kontrolle : 23. Mai 2014
Name des Prüfers : Biacchi Giuseppe
Stadtrat : Streit Hans
Verwaltungsfunktionär : Ganster Jörg*

Kontrollarbeiten :

*Überprüfung der Kontengruppe : Geschäftsfälle dokumentiert und nachvollziehbar,
Kontierungen richtig, Informationen und Belege
nachvollziehbar.*

*Das Geschäftsfeld Sicherheit : Voranschlag Fr. 3'518.000.00
Rechnung Fr. 3'390'000.00
Abweichung - Fr. 128'000.00*

In der LG-Bevölkerungsschutz wurde mehr Geld ausgegeben, weil die Anzahl Einsätze der Feuerwehr gegenüber dem Budget um 50% zugenommen hat. Auf der anderen Seite hat die LG-Stadtpolizei weniger Geld ausgegeben weil der Personalbestand nicht ausgeschöpft wurde, dies trotz der nicht realisierten, aber budgetierten Parkplatz-Gebühreneinnahmen. Aus beiden LG zusammen resultiert die Einsparung von Fr. 128'000.00

Die RPK und die KÖS empfehlen dem Gemeinderat einstimmig, das Geschäftsfeld Sicherheit zu genehmigen.

*Im KÖS-Bericht sind etliche Fragen beantwortet und erklärt.
Aus diesem Grund entfällt ein separates Referat der RPK.*

Aus der RPK, Giuseppe Biacchi

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Geschäftsfeld Publikumsdienst

Für die vorbehandelnde Kommission referiert **Giuseppe Biacchi**.

Hans Streit fügt an, dass die elektronische Datenerfassung der ganzen Bevölkerung sehr aufwändig ist.

Vorteil ist das die Daten jetzt gesamtschweizerisch abrufbar sind.

In Uster liegen die Mutationen jährlich bei rund 3'000.

Geschäftsfeld wurde geprüft, NPM-Jahresbericht 2013

Bericht der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS)

<i>Das Geschäftsfeld Sicherheit :</i>	<i>Voranschlag</i>	<i>Fr. 3'518'000.00</i>
	<i>Rechnung</i>	<i>Fr. 3'390'000.00</i>
	<i>Abweichung</i>	<i>Fr. 128'000.00</i>

In der LG-Bevölkerungsschutz wurde mehr Geld ausgegeben weil die Anzahl Einsätze der Feuerwehr gegenüber dem Budget um 50% zugenommen hat.

Auf der anderen Seite hat die LG-Stadtpolizei weniger Geld ausgegeben weil der Personenbestand nicht ausgeschöpft wurde, dies trotz der nicht realisierten aber Budgetierten Parkplatz-Gebühren.

Bei der Fragestellung waren anwesend :

<i>Hans Streit</i>	<i>Abteilungsvorstand</i>
<i>Jörg Ganster</i>	<i>Abteilungsleiter</i>

Hans Streit fügte an, dass ein Unterbestand im Dienst herrschte.

Am See konnte dieser mit der Securitas und teilweise im Verbund mit den umliegenden Gemeinden abgefangen werden.

Rechnerisch gesehen ist es trotz der noch nicht gekommenen Parkraum-Bewirtschaftung aufgegangen da eben 4 Stellen nicht besetzt waren.

Ansonsten wären Sie in den roten Zahlen gelandet.

Im Protokoll vom 02. Juni 2014 der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit sind alle unsere Fragen und Antworten aufgeführt.

Die Antworten sind nachvollziehbar und zur Zufriedenheit der Kommission.

Die KÖS sowie die RPK empfehlen dem Gemeinderat einstimmig das Geschäftsfeld Sicherheit und Publikumsdienste zu genehmigen.

Giuseppe Biacchi
Gemeinderat Uster

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Geschäftsfeld Soziale Sicherheit

Für die vorbehandelnde Kommission referiert **Richard Sägesser**.

LG Sozialversicherung

2013 gingen weniger neue Gesuche für Zusatzleistungen als erwartet beim Sozialversicherungsamt ein (BU13: 220; IST13: 176; -44). Dennoch ist die Bezügerzahl bei den Zusatzleistungen auch 2013 weiter angestiegen, obwohl weniger neue Gesuche eingereicht wurden und die Neurentensprechungen bei der IV gegenüber 2012 gesunken ist. 56% der Kosten trägt die Stadt, 44% der Kanton.

Die Wiedereingliederungsversuche der IV schlagen offenbar nicht oder noch nicht durch auf die Zusatzleistungen. Die Zunahmetendenz bei den IV-Zusatzleistungen besteht weiterhin, eine Nivellierung ist nicht in Sicht und eine längerfristige Prognose offenbar nicht möglich. Zumindest kurzfristig geht die Abteilung Soziales bei den IV-Zusatzleistungen von einer Fortschreibung der Entwicklung aus. Mit einer Zusatzleistungs-Quote von 3.1% liegt Uster im Mittelfeld bei Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohnern.

Dieser grosse Budgetposten ist gänzlich fremdgesteuert. Die Subkommission empfiehlt, der Entwicklung der Zusatzleistungen in den Folgejahren verstärkt Beachtung zu schenken.

Umsetzung AHV-Pflicht/ AHV- Zweigstelle

Hier fällt die Kennzahl K 14 auf: Die Anzahl von der SVA geführter Dossiers im Register der AHV-Bezahler (Arbeitgeber, Selbständigerwerbende) ist um gut 1500 tiefer als der Budgetwert. Die Subkommission erkundigte sich nach den Gründen für diese starke Abweichung. Die AHV-Revision zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, die 2011 in Kraft trat, hatte 2011 zu einem massiven Anstieg der Dossiers geführt (2010: 4104; 2011: 5124 Dossiers). Diese Entwicklung beeinflusste die Budgetzahl für 2013, für die im Sommer 2012 keine aktuelleren Angaben vorlagen. Die Entwicklung setzte sich aber nicht im gleichen Mass fort. Die Abweichung ist damit nachvollziehbar.

Im Rahmen der Wirkungsprüfung machte die Subkommission folgende Feststellung: Das Ziel Z07 der LG Sozialversicherung ist nach Auffassung der Subkommission nicht sehr aussagekräftig, da die Zusammenarbeit mit Dienstleistungserbringern nur Mittel zum Zweck ist, nicht aber ein eigentliches Ziel der Stadt sein kann. Die Subkommission regt an zu prüfen, ob in Zukunft das Ziel so formuliert werden kann, dass die dahinter liegenden öffentlichen Interessen – nämlich eine rasche Wiedereingliederung der Betroffenen bei wirtschaftlichem Mitteleinsatz für die Stadt - besser zum Ausdruck kommen. Für ein so formuliertes Ziel könnte auch ein Indikator gefunden werden, was jetzt nicht möglich ist. Die Zusammenarbeit mit den privaten Dienstleistungsanbietern stellen wir damit nicht in Frage.

Im Übrigen gab die Wirkungsprüfung der LG Sozialversicherung zu keinen besonderen Bemerkungen Anlass.

LG FEB

Die Rechnung schliesst für die Leistungsgruppe FEB mit CHF 462'000 unter Budget. Die Beteiligung der Eltern an den Gesamtkosten war im Rechnungsjahr um 25 % höher als budgetiert (BU13: 51%; IST13: 76.5%). Dies ist einerseits erfreulich, da Uster offenbar zahlungskräftige junge Familien anzieht. Sozial und wirtschaftlich benachteiligte Eltern scheinen die KiTas hingegen weniger in Anspruch zu nehmen. Dies stimmt insofern nachdenklich, da familienergänzende Betreuung stets auch eine bessere Förderung für Kinder aus bildungsfernem Haus/ Migrationshintergrund bedeutet.

Die Subkommission empfiehlt, diese Entwicklung im Auge zu halten.

Bei der Budgetierung wurde zudem davon ausgegangen, dass sich die KiTa „Zipfelchappe“ dem FEB-Modell anschliessen würde, was – zumindest bis heute – nicht der Fall ist. Die neue KiTa „Chinderchram“ (Nachfolgekrippe der ehemaligen vom Frauenverein geführten und dem FEB-Modell angehängten KiTa „Arche Noah“) ist als GmbH organisiert. Aufgrund ihrer Gewinnorientierung ist gemäss dem FEB-Modell keine Subventionierung von Eltern möglich. Die Subkommission empfiehlt, Möglichkeiten zu prüfen, wie das FEB-Modell an gewandelte Realitäten bei der Organisation der Träger angepasst werden kann.

Neben dem hohen Eigenfinanzierungsgrad tragen auch diese Umstände dazu bei, dass der jährliche FEB-Rahmenkredit von CHF 2 Mio. nicht ausgeschöpft werden kann.

KESB

Die Subkommission erkundigte sich nach Erfahrungen nach einem Jahr unter dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht.

Das Team der KESB Uster ist jetzt eingearbeitet, auch die Kosten haben sich nach einem Jahr eingependelt. Die Umsetzung der gemeinsamen elterlichen Sorge bei geschiedenen Eltern, die per 1. Juli 2014 in Kraft treten wird, dürfte der KESB aber wiederum zusätzlichen Aufwand bringen.

GF Soziale Sicherheit im Allgemeinen

Elternbriefe der Pro Juventute

Im Geschäftsjahr stellte die Stadt Uster den Versand der Elternbriefe der Pro Juventute ein. Aufgrund einer Anfrage aus der Bevölkerung erkundigte sich die Subkommission nach den Gründen. Der Kanton bezahlte und versandte die Elternbriefe bis Ende 2012. Seither wurde dies den Gemeinden überlassen. Die Stadt versandte die EB noch während einem Jahr. Auch aufgrund einer Umfrage durch die Abteilung Präsidiales gelangte die Abteilung Soziales zum Schluss, dass die EB nicht mehr den heutigen Bedürfnissen entsprechen.

Die Stadt erfüllt ihren Beratungsauftrag mit einem substantziellen Beitrag von CHF 1.2 Mio. an die Eltern- und Erziehungsberatung des Jugendsekretariates und mit den neu eingeführten Erstgesprächen. Bei diesen wird auf die Möglichkeit hingewiesen, die Elternbriefe auf eigene Rechnung zu abonnieren oder in der Bibliothek oder der Elternberatung einzusehen. Die Subkommission und mit ihr auch die Mehrheit der KSG sieht hier keinen weiteren Handlungsbedarf, wenngleich in der Kommission noch vereinzelt etwas Trauerarbeit zu leisten war.

Die Subkommission empfiehlt den Jahresbericht 2013 für das Geschäftsfeld Soziale Sicherheit zur Annahme.

Uster, Mai 2014

*Für die Subkommission Soziale Sicherheit
Monika Fitze und Richard Sägesser*

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Geschäftsfeld Gesundheit

Für die vorbehandelnde Kommission referiert **Hilda Schelldorfer**.

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Der beanspruchte Globalkredit 2013 liegt mit TCHF 552 erfreulicherweise um TCHF 22 unter dem bewilligten Budget. Mit unverändert 7,2 Stellen konnten die Aufgaben des gesamten Geschäftsfeldes bewältigt werden.

Zur Erreichung des Silberlabels „Gesundheitsstadt“ wurde Ende 2013 eine externe Studie in Auftrag gegeben, welche die Leistungen und Angebote in den Bereichen „Gesundheitsförderung/Prävention“ und „Medizinische Versorgung“ mit den Lücken aufzeigen soll. Die Ergebnisse liegen im heutigen Zeitpunkt noch nicht vor.

LG Abfall und Umwelt inkl. Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung (Seite C-11)

Die Spezialfinanzierung schliesst nach mehreren positiven Jahren erstmals mit einem geringen Aufwandüberschuss von TCHF 125 ab. Auch wurde der budgetierte Ertragsüberschuss von TCHF 266 deutlich verfehlt. Die Gründe liegen in den tieferen Weltmarktpreisen der Wertstoffe Papier, Karton und Metall. Es sei aber davon auszugehen, dass sich die Lage nun stabilisieren werde.

Von den erstmals verbuchten Investitionen von TCHF 257 (Budget TCHF 340) entfallen TCHF 245 auf drei umgerüstete und eine neue Unterflursammelstelle sowie TCHF 12 auf die Planungsarbeiten im Hinblick auf die neue Hauptsammelstelle. Nach den Beratungen in der KSG hat die Verwaltung die fehlenden Angaben bei der Investitionsrechnung sowie die missverständlichen und unvollständigen Zahlen der Bestandesrechnung erkannt. Es wurde uns bestätigt, dass künftig die Darstellung bei der Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung (Seite C-11) in Übereinstimmung mit

dem NPM-Bericht erfolgen wird, wie dies bereits im Voranschlag 2014 vollständig und korrekt gemacht wurde.

Die jährlichen Gesamtkosten der Abfallbewirtschaftung je Einwohner sanken gegenüber dem Vorjahr leicht und betrugen neu Fr. 92.

LG Lebensmittelkontrolle

Die Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich hat sich weiter etabliert und bewährt. Neu werden auch die Probenahmen als Inspektionen gerechnet.

Wirkungsprüfung

Alle 6 Indikatoren der LG Abfall und Umwelt haben wir durchgearbeitet und erhielten umfassende Auskünfte sowie detaillierte Grundlagen. Die Ergebnisse sind auf dem dafür vorgesehenen Formular „Bericht Wirkungsprüfung“ festgehalten.

Antrag an den Gemeinderat

Die KSG und auch die RPK haben den NPM-Jahresbericht 2013 des Geschäftsfeldes Gesundheit mit einem Globalkredit von TCHF 552 einstimmig angenommen und empfehlen dem Gemeinderat die Genehmigung.

Für die KSG:
Hilda Schelldorfer und Jürg Gösken

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Geschäftsfeld Betreutes Wohnen

Für die vorbehandelnde Kommission referiert **Julia Amherd**.

GF Betreutes Wohnen (Seiten 01-04)

Die seit 1. Mai 2014 aufgrund der Altersstrategie neu geschaffene Anlauf- und Beratungsstelle Alter, ist mit dem Aufbau sowie der Vernetzung beschäftigt.

Das Konzept zur Ausbildung von Pflegefachpersonen HF wurde erstellt, jedoch befindet sich erst eine einzige Person in der berufsbegleitenden Ausbildung Pflege HF. Aus personellen und finanziellen Gründen könnten maximal drei Personen Pflege HF ausgebildet werden. Bei der Spitex sind die internen Möglichkeiten beschränkt, mehr als eine Studierende kann zur Zeit nicht ausgebildet werden. Berufsbildungsverantwortliche müssen über eine spezielle Ausbildung verfügen (SVEB 2) und das Lernumfeld muss vielfältige Erfahrungen ermöglichen. Auch für die Heime ist das Konzept der berufsbegleitenden Ausbildung HF neu und befindet sich noch am Anfang der Umsetzung.

GF Finanzen

Die Heime Uster verrechneten im Jahr 2013 innerhalb des vom Regierungsrat festgelegten Normdefizits. Uster liegt in Bezug auf die Kosten in der Bandbreite des Normdefizits.

Bei den Heimen wurden die Stellen der Bettenbelegung angepasst, welche im 2013 mit 95% leicht unter dem Budget lag.

Neu werden die erfahrenen Nachtdienstteams durch Zivildienstleistende unterstützt.

Eine einheitliche Regelung der Entschädigungen für alle Berufsbildnerinnen und Berufsbildner ist nach wie vor ausstehend und soll noch vor den Sommerferien dem Stadtrat unterbreitet werden.

Die Zufriedenheit der Bewohnenden der Heime ist gross. Es stellt sich die Frage wie das bei den Angestellten aussieht? Aktuell wird eine Befragung der Mitarbeitenden durchgeführt, welche nach dem Sommer darüber Auskunft darüber geben soll.

LG Spitex

Die aufwendigen Veränderungen aufgrund des neuen Administrativvertrages sind umgesetzt, müssen aber noch konsolidieren. Mit dem 5 Min. Takt fällt der Rundungsgewinn weg. Kompetenzanpassungen, d.h. Skill und Grademix sind Standard. Die fallführenden Mitarbeitenden verfügen neu über die Mindestqualifikation Diplom Pflege HF. Die Rechnungsstellung geht direkt an die Krankenkassen was weniger Mahnungen und Betreibungen nach sich zieht. Die Fallführung und der 5 Min. Takt sind Kostentreiber und vergrössern das Defizit.

Der Stellenetat richtet sich nach wie vor nach der Nachfrage und wird laufend entsprechend erhöht oder reduziert. Die Räumlichkeiten an der Winterthurerstrasse werden für den erweiterten Platzbedarf genutzt. Wegen des enormen Wachstums müssen auf der Organisationsebene Strukturanpassungen vorgenommen werden.

*Anlässlich der **Wirkungsprüfung** wurden die Indikatoren der Heime 101-104 überprüft.*

Globalkredit

*Der Globalkredit für dieses Geschäftsfeld wurde mit **Fr. 7'514'000.-** ausgeschöpft, Fr.539'000.- weniger als budgetiert. Ein Grund dafür ist, dass die Anlauf- und Beratungsstelle erst im 2014 realisiert wurde.*

Die Kommission Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Gemeinderat den Bericht und die Rechnung 2013 des Geschäftsfeldes Betreutes Wohnen dem Gemeinderat zur Abnahme.

30.6.14/Julia Amherd

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Geschäftsfeld Sport

Für die vorbehandelnde Kommission verliert **Anita Borer** das Referat von Gabriela Seiler.

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Das GF Sport schliesst seine Rechnung mit einem Total von Fr. 2.574 Mio. ab und liegt somit Fr. 114'000 unter dem bewilligten Globalbudget. Allerdings muss bei diesem Ergebnis berücksichtigt werden, dass der Anteil der BVK-Sanierung, der ja bereits mit der Rechnung 2012 belastet wurde, Fr. 60'000 ausmachen. Ebenso haben die Anlässe Jubiläum Dorfbadi und Schweiz.bewegt, Budget für beide Anlässe Fr. 15'000, nicht stattgefunden. Aber auch unter Berücksichtigung dieser Punkte darf festgehalten werden, dass das GF Sport auch 2013 eine gute Budgetdisziplin gezeigt hat. Mit Beat Berger konnte ein neuer Geschäftsfeldleiter Sport gefunden werden. Die durch ihn initiierten Umstrukturierungen und Neuorganisationen sind am Laufen, noch ist nicht alles abgeschlossen, aber die Stimmung und Belastung im GF Sport darf als gut respektive machbar bezeichnet werden.

Der Kostendeckungsgrad im Hallenbad ist rund 4 % schlechter als im Vorjahresvergleich und 5 % tiefer als budgetiert. Grund ist bei höheren Kosten zu suchen und zu finden. So mussten u.a. dringend notwendigen und nicht vorhersehbaren Sanierungsarbeiten am Dach gemacht werden, eine Verschiebung dieser Sanierungsarbeiten bis zum Start der eigentlichen Sanierung des Hallenbades war nicht möglich.

Im Bereich Wasseraufbereitung mussten um die SIA Normen zu erfüllen ebenfalls Anpassungen gemacht werden. Diese Vorkehrungen waren im Übrigen für alle drei Bäder nötig, Gesamtkosten für alle Bäder lag bei Fr. 63'000.-- und wurden über die Investitionsrechnung abgerechnet. Für alle die schon einige Zeit im GR tätig sind noch der Hinweis, dass mit der Jahresrechnung 2013 das Thema Werbeerträge definitiv zum letzten Mal aufgeführt ist. Wie schon anlässlich der Budgetbesprechung konnte 2013 nach Jahren ein „Mini – Mini“- Ertrag von Fr. 5'000 ausgewiesen werden. Mit der Streichung dieses Posten ab Budget 2014 ist dieses Thema aber jetzt erledigt. Über alles gesehen darf das GF Sport mit dem Geleisteten und dem Einhalten des Globalbudgets zufrieden sein. Die grosse Herausforderung an das ganze Geschäftsfeld steht jetzt dann aber mit dem Grossprojekt Hallenbad sicher noch bevor.

Seitens der RPK wurde keine besonderen Vorkommnisse gemeldet, weshalb auf ein separates RPK-Referat verzichtet wird.

Gabi Seiler

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Geschäftsfeld Sozialhilfe

Für die vorbehandelnde Kommission referiert **Walter Strucken**.

Globalkredit

Der Globalkredit für dieses Geschäftsfeld wurde mit Fr. 9'650'000.- ausgeschöpft, Fr.275'000.- mehr als budgetiert.

*Diese Budgetüberschreitung ist vor allem im **Aufwand für die Sozialberatung** begründet. Die Zunahme der Fälle lag zwar deutlich unter dem geschätzten Wert, sodass der finanzielle Gesamtaufwand eigentlich unter dem Budget hätte liegen müssen. Ein markanter Rückgang der Einnahmen (also der Verdienst der Sozialhilfebezüger und die Rückerstattungen durch die Sozialversicherungen) bewirkte aber, dass netto der finanzielle Aufwand bedeutend höher ist. Man sieht das gut, wenn man die Indikatoren I 07 und I 08 konsultiert, wo ersichtlich wird, dass die Kosten pro Fall bzw. pro Person gegenüber dem Aufwand 2012 stark gestiegen sind.*

*In der Einleitung wird erläutert, dass die Berechnungsvorgaben für den Bezug von **Alimentenbevorschussung und Kleinkinderbetreuungsbeiträge** auf den 1.1.2014 korrigiert wurden und dass der Aufwand hier zurückgehen wird. Wir haben gefragt, weshalb erst mittelfristig mit einer Kosteneinsparung gerechnet werden kann. Das habe damit zu tun, dass zurzeit nur die Neuanmeldungen mit den neuen, tieferen Ansätzen berechnet werden. Bei den laufenden Fällen werden die neuen Ansätze erst auf 1. September 2014 wirksam.*

*Die Wirkungsprüfung nahmen wir dieses Jahr in der **LG Asyl- und Flüchtlingswesen** vor. Obwohl aufgrund der übergeordneten Vorgaben der Handlungsspielraum für Uster hier stark eingeschränkt ist, haben wir den Eindruck gewonnen, dass Uster dort wo es Gestaltungsmöglichkeiten gibt, diese auch gut wahrgenommen werden.*

Die Kommission Soziales und Gesundheit hat dem Geschäftsfeld am 16. Juni 2014 einstimmig zugestimmt. Aus der RPK sind keine Bemerkungen zu berichten.

Walter Strucken/ 30. Juni 2014

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Geschäftsfeld Primarschule

Für die vorbehandelnde Kommission referiert **Anita Borer**.

Die Fragen der Subkommissionsmitglieder wurden am 27. Mai 2014 in Anwesenheit von Primarschulpflege und Primarschulverwaltung beantwortet.

Das Geschäftsfeld Primarschule schliesst CHF 0.3 Mio. besser als budgetiert und CHF 1.6 Mio. besser als im Vorjahr ab. Grund dafür ist vor allem die Verschiebung der Schulliegenschaften zum Geschäftsfeld Liegenschaften.

Die Primarschulpflege ging eingangs auf die Zusammenarbeit der Heilpädagogischen Schule Uster (HPSU) mit den anderen Gemeinden ein. Die fehlende Nachfrage nach Beratungs- und Unterstützungsangeboten sei darauf zurückzuführen, dass für dieses Angebot bereits ausreichend Kompetenzen in den Gemeinden vorhanden seien. Die Rolle der HPSU als Bezirksschule würde in nächster Zeit diskutiert werden.

Beim Schulpsychologischen Dienst wurde nach dem aktuellen Stand der Klärung der Organisation gefragt. Es wurde erläutert, dass sich die Sekundarstufe Uster, die Oberstufe Nänikon-Greifensee und die Schule Mönchaltorf dem Schulpsychologischen Dienst der Primarschule Uster angeschlossen haben. Per 1. August sollten auch die Schulgemeinden Volketswil und Wangen-Brüttisellen folgen. Beim Umbau der Schulzahnklinik betrug die effektive Differenz der Rechnung 2013 gegenüber der Rechnung 2012 Fr. 23`000.00. Die Abschlusszahlen des Zweckverbandes waren bei Eingabe der Rechnung 2013 noch nicht bekannt und wurden deshalb höher prognostiziert. Der mit dem Umbau prognostizierte erhöhte Umsatz soll bis in drei Jahren erreicht sein.

Bei den höheren Vikariatskosten handelt es sich um übliche Schwankungen. Leider gab es im vergangenen Schuljahr mehrere Lehrpersonen, die langfristig erkrankt sind und dadurch die Dauer der betreffenden Vikariate länger ausfiel.

Tagesstrukturen: *Der Kostendeckungsgrad der Tagesstrukturen beträgt 45 Prozent. Darin inbegriffen sind auch die Miet- und Unterhaltskosten. Es wird künftig von einem erhöhten Bedarf ausgegangen.*

Freizeitkurse: *Das Konzept der Freizeitkurse geht von einem hälftigen Kostenanteil der Eltern an den Honorar- und Material-/Verpflegungskosten (= direkte Kosten) aus. Informatik und Druckkosten werden nicht weiterverrechnet. Aus heutiger Sicht dürfte sich der Kostendeckungsbeitrag weiter erhöhen, jedoch unter 50 % bewegen.*

Mit der Inanspruchnahme des Schulpsychologischen Dienstes durch drei weitere Schulgemeinden wurde eine Stellenaufstockung um die jeweiligen Pensen „Schulpsychologie“ nötig. Die Kosten für die Dienstleistungen, welche die Gemeinden beziehen, werden den Gemeinden vollumfänglich in Rechnung gestellt.

Integrative Sonderschulung: *die Kosten je Schüler mit integrativer Sonderschulung sind 2013 Fr. 2000 tiefer als im Vorjahr ausgefallen. Dazu wurden, wo sinnvoll, Wochenlektionen von schulischen Heilpädagogen (SHP) durch günstigere Wochenlektionen von Pädagogischen Mitarbeiter (PM) ersetzt.*

Eine Zunahme von Fällen mit Beratung & Unterstützung (B&U) sei vor allem bei Hör- und/oder Sehbehinderten zu beobachten. In Zukunft möchte die PSU in den Settings vermehrt behindertenspezifische Beratung und Unterstützung durch externe Fachstellen einsetzen. Dadurch könnten die Kosten der Settings leicht steigen.

Die Kostensteigerung im Bereich Sonderpädagogik (Sonderschulungen) hätte gesamthaft durch neue Settings und verstärktes Controlling gestoppt werden können. Eine Kostenkontrolle im Bereich separativer Sonderschulungen sei hingegen viel schwieriger, weil die PSU keinen Einfluss auf die Tarife ausüben kann und in der separativen Sonderschulung häufig die schwierigeren Fälle untergebracht seien, welche auch in teuren Heimplatzierungen münden.

Die Rechnung des GF Primarschule wurde von der Kommission für Bildung und Kultur (KBK) einstimmig genehmigt. Aus der RPK gibt es weder Bemerkungen noch Anträge. Aus diesem Grund entfällt ein RPK-Referat.

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmungen:

**Der Gemeinderat beschliesst
mit 30 : 0 Stimmen**

**Die NPM-Jahresberichte 2013 der Stadt Uster (Antrag Nr. 194/2014)
sind genehmigt.**

**Der Gemeinderat beschliesst
mit 30 : 0 Stimmen**

**Die Jahresrechnung 2013 der Stadt Uster mit laufender Rechnung,
Investitionsrechnung und Bilanz (Antrag Nr. 197/2014) ist genehmigt.**

7 Antrag der Sekundarstufe Uster für die Bewilligung einer integrierten Time Out Schule befristet für das Schuljahr 2014/2015 (Antrag Nr. 1/2014)

Der Abänderungsantrag seitens der RPK liegt als Tischvorlage vor.

Rolf Denzler ist als Näniker im Ausstand.

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Ursula Räuftlin**.

*Sehr geehrter Herr Präsident,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

In den KBK-Sitzungen vom 2. Juni 2014 und 16. Juni 2014 hat die KBK den Antrag Nr. 1 der Sekundarschulpflege betreffend Bewilligung einer integrierten Time Out Schule für das Schuljahr 2014/2015 besprochen:

*Für die Beantwortung unsere Fragen waren anwesend:
Thomas Pedrazzoli (Präsident SSU), Ruth Gsell (Ressortdelegierte Sonderpädagogik SSU),
Alessandro Virgelli (Ressortdelegierter Finanzen SSU).*

Mit diesem Antrag beantragt die Sekundarschulpflege Uster, einen Bruttokredit von CHF 291'087.60 für den vorläufig für ein Jahr befristeten Betrieb einer Time Out Schule. Da das Volksschulgesetz die Integration sämtlicher Schüler in die Regelklassen vorschreibt, sind in den vergangenen Jahren die Kosten in der Sonderpädagogik sprunghaft angestiegen. In der Sekundarstufe 1 kommt es aber manchmal so weit, dass die Integration einzelner Schüler nicht mehr tragbar ist, weshalb es bis dato in der Regel zu teuren separativen Schulungen kommt. Mit dem Angebot der integrierten Time Out Schule wird eine Alternative zu der Separation geschaffen, mit der die rasche Rückkehr der betreffenden Schüler in die Regelklasse gelingen soll. Dazu ist ein intensiver Prozess notwendig, in den alle betroffenen Personen, also auch die Familienmitglieder der Schüler, die Lehrer und weitere Beteiligte miteinbezogen werden.

Die SSU ist nun in der glücklichen Lage, die zwei erfahrenen Lehrpersonen der Schulgemeinde Wetzikon für die Führung dieser Schule verpflichten zu können. Die SSU hat mit zwei ihrer Schüler, die in der Time Out Schule in Wetzikon waren, sehr gute Erfahrungen gemacht und konnte vermutlich damit die Separation dieser Schüler verhindern. Momentan verfügt die SSU im Schulhaus Freiestrasse über freie Schulräume, die für die Versuchsphase der Time Out Schule genutzt werden können. Die Schule wird bis zu 8 Schüler gleichzeitig aufnehmen können. Die Schüler bleiben während maximal drei Monaten in dieser Time Out Schule. Somit können pro Jahr bis zu 24 Plätze angeboten werden.

Die Time Out Schule schliesst wie die KuSS oder die BWS mit der SSU einem Rahmenkontrakt ab und wird mit Leistungsvereinbarungen zu einer transparenten Buchführung nach NPM verpflichtet. Es wird eine Vollkostenrechnung erstellt. Das Angebot soll sowohl intern in der SSU als auch extern verkauft werden. Uster ist durch seine zentrale Lage an der S-Bahn und als Bezirkshauptort prädestiniert für die Führung einer solchen Time-Out-Schule und hat bereits Anfragen von anderen Gemeinden, die dieses Angebot gerne nutzen würden. Es ist auch vorgesehen, den Zugang nicht auf die Sekundarstufe zu beschränken, sondern auch für Mittelstufenschüler zu öffnen. Beantragt wird ein Brutto-, nicht ein Nettokredit. Das Projekt wird durchaus auch Einnahmen generieren. Die effektiven Kosten für die SSU werden also um einiges tiefer ausfallen. Einerseits da das Angebot

anderen Schulgemeinden weiterverkauft wird und andererseits da erwartet wird, dass damit Kosten für separate Sonderschulungen eingespart werden können.

In der Diskussion wurden durchaus einige kritische Fragen gestellt. So wurden Bedenken laut, dass dieses Angebot von den Lehrern vorschnell zu ihrer Entlastung genutzt werden könnte und dadurch zusätzlicher Aufwand in der Sonderpädagogik entsteht. Dem wurde entgegengehalten, dass die Zuweisung immer über die Fachstelle Sonderpädagogik gehen wird und nie die erste zu ergreifende Massnahmen sein wird. Es wurde uns auch zugesichert, dass Ustermer Schüler den Vorrang erhalten werden. Um den Erfolg des Projektes beurteilen zu können, wurde gefordert, dass die Veränderungen in den Zahlen der separativen Sonderschulungen aufgezeigt werden müssen. Auf die zweite KBK-Sitzung hin wurden uns deshalb die Kennzahlen der vergangenen 4 Jahre nachgereicht. Die Genehmigung eines Folgeantrags wird von einzelnen Mitgliedern auch davon abhängig gemacht, dass eine ausreichende Belegung der Schule durch Schüler aus anderen Gemeinden nachgewiesen wird. Es dürfte schwierig sein bei dem auf ein Jahr befristeten Antrag schon nach wenigen Monaten verlässliche Aussagen zum Erfolg des Projekts und Prognosen für einen Folgeantrag für die nächsten zwei Jahre zu liefern.

Im ersten Antrag der SSU fanden sich in der Kostenaufstellung bei den Löhnen der Lehrpersonen Fehler, welche bei der Aufteilung des 13ten Monatslohnes entstanden. Korrigierte Zahlen mit den bereinigten Löhnen wurden deshalb auf die RPK-Sitzung hin eingefordert. Zudem wurde moniert, dass mit einem fiktiven Mietzins von CHF 1 keine realistische Vollkostenrechnung erstellt werden kann. Den externen Nutzern dieses Angebots würden dadurch zu tiefe Kosten in Rechnung gestellt. Eine spätere Anhebung des Schulgelds für die externen Nutzer könnte dadurch schwierig werden. Hier wurde angeregt, auf die RPK-Sitzung hin in der Kostenrechnung einen realistischen Mietzins einzusetzen.

Fazit

Das Pilotprojekt macht in den Augen der Sachkommission Sinn und wir erhoffen uns dadurch eine Reduktion der Anzahl Schüler in der separativen Sonderschulung, weshalb die Sachkommission in Hinblick auf die für die RPK-Sitzung geforderten Präzisierungen den Antrag einstimmig angenommen hat.

Für die KBK

Ursula Räuftlin

Gemeinderätin Grünliberale

Für die Rechnungsprüfungskommission verliest **Markus Ehrensperger** das Referat von Gabriela Seiler.

Geschätzte Anwesende

Die RPK hat den obigen Antrag anlässlich Ihrer Sitzung vom 23. Juni 2014 behandelt.

Die Diskussion und Fragen innerhalb der RPK waren im Grossen und Ganzen mit der Behandlung in der KBK Sitzung gleich. So stellte sich auch für die RPK die Frage, ob denn das Projekt Time Out Schule zum Fliegen gebracht werden kann, da für die Auslastung der Stellenprozente und somit für den Erfolg zwingend die Betreuung von Schülern aus anderen Schulgemeinden notwendig sind. Der Präsident der SSU, Thomas Pedrazzoli, hat uns glaubhaft versichert, dass durch die Zusammenarbeit mit der PSU innerhalb Usters, aber auch durch das Nutzen des Netzwerkes, u.a. sind bereits Gespräche mit ersten Schulgemeinden am Laufen, der Erfolg durchaus realistisch ist. Da es sich aber auch für die SSU Neuland ist, hat man bewusst den Weg gewählt, wohl einen 3-jährigen Versuch zu starten, aber mit der Option bereits nach einem Jahr im Notfall die Reissleine ziehen zu können. Insbesondere die in der Time Out Schule involvierten Lehrer sind sich dessen

bewusst. Aus diesen Überlegungen wird jetzt und heute auch nur der Bruttokredit für das 1. Schuljahr beantragt.

In der RPK wurde der Antrag diskutiert, ob nicht heute bereits ein Bruttokredit für 2 Schuljahre bewilligt werden sollte. Dieser Antrag wurde mit 6:1 abgelehnt.

Bereits aus der Diskussion der KBK ging hervor, dass die im ursprünglichen Budget eingesetzte Miete mit Fr. 1.-- zu tief ist und korrekterweise eine mehr oder weniger marktübliche Miete eingesetzt werden muss. Andererseits sind unter Personalkosten die Anteile der 13. Monatslöhne nicht korrekt ausgewiesen worden. Das korrigierte Budget lag uns anlässlich der RPK Sitzung vor. Daraus ergab sich der Ihnen als vorliegende Abänderungsantrag, den Bruttokredit aus den vorerwähnten Gründen auf Fr. 336'334.01 zu erhöhen.

Die Mitglieder der RPK haben diesem Abänderungsantrag mit 7:0 zugestimmt und der Folge danach den geänderten Antrag 1/2014 ebenfalls einstimmig gutgeheissen.

Thomas Pedrazzoli

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren

Die Sekundarschulpflege beantragt Ihnen die befristete Bewilligung für eine Time Out Schule an der Sek Uster.

Sie wagt sich damit auf Neuland und erhofft sich einiges.

Erstmal könnten Jugendliche die bei uns sind, die in einer schwierigen Phase ihres Lebens stecken, für kurze Zeit intensiv und nachhaltig auf eine andere Spur gebracht werden. Psychosoziale Überlagerung heisst das im Fachjargon und meint das, was man salopp sagt, am „Tüüfel vom Chare gheit“.

Unser Auftrag ist, dass Jugendliche nicht vom „Chare gheit“. Aber: Jugendliche haben Krisen, das ist über weite Strecken auch normal. Allerdings, wenn sie so stark auffällig werden, dass sie in der Klasse untragbar sind, haben wir sie in der Vergangenheit in eine Schule mit Kleinklassen gesteckt. Eine separative Schule, mit den entsprechenden Folgen bei den Kosten.

Warum tun wir das alles? Das hat drei Gründe:

- 1. Wir suchen eine Möglichkeit, um diese unbefriedigende Handhabe zu verändern.*
- 2. Wir wollen bei den Kosten der Sonderpädagogik effektiver werden. Sprich die Kosten für die separativen Schulen soll sinken.*
- 3. Wir packen die Gelegenheit, mit zwei ausgewiesenen Fachkräften auf diesem Gebiet dieses Vorhaben zu realisieren.*

Und noch einen vierten Grund ist auch noch zu erwähnen:

Die Sek Uster ist innovativ, sie trägt in den Fachhochschulen zu neuen Handlungstheorien bei und bleibt dadurch eine attraktive Arbeitgeberin in der Region.

Wir haben in der Vorabdiskussion in den Kommissionen und Fraktionen ein grosses Vertrauen gespürt und dafür möchten wir uns herzlich bedanken. Wir sind uns bewusst, dass wir mit diesem Projekt ein unternehmerisches Risiko eingehen. Auf der Aufwandseite muss auch ein Ertrag stehen. Wir glauben an den Erfolg und werden zeitnah darüber berichten.

Herzlichen Dank.

Thomas Pedrazzoli, Präsident

Paul Stopper

Sie merken sicher, dass, wenn ich her vorne stehe, ich etwas an der Vorlage zu kritisieren habe. Ich war nicht in den vorberatenen Kommissionen vertreten. Somit stelle ich die Fragen hier. Wobei zu bemerken ist, dass ich einzelne Fragen vorgängig dieser Sitzung Herrn Pedrazzoli zugestellt hatte und er mir viele Fragen auch beantwortet hatte.

Mich interessiert, wie viele Timeout-Schüler/innen pro Jahr die OS Uster seit der Einführung des neuen Volksschulgesetzes hatte. Gemäss Herr Pedrazzoli hatte die Sekundarstufe Uster ca. 1 – 3 Schüler/innen pro Jahr in verschiedenen Time Out Schulen, Weiter interessiert die Frage ob die

Oberstufe Uster so viele Schüler hat, dass es sich lohnt, eine eigene Schule zu führen, wenn die Time Out-Schulen in der Nachbarschaft (Wetzikon und Schlaufenschule Greifensee) schon nicht funktioniert haben Mit wie vielen Timeout-Schüler/innen rechnet die Oberstufenschulpflege im Schuljahr 2014/15? Wie viele Plätze sind schon gesichert? Nach Herr Pedrazzoli plant die Sekundarstufe Uster, das Angebot in der Region zu verkaufen. Die Sekundarstufe Uster rechnet mit 4 eigenen Schüler/innen pro Jahr, welche dann nicht mehr separativ geschult werden müssen. Die Schule Wetzikon und die Schlaufenschule hatten andere Konzepte. Die Schlaufenschule hatte eine teurere Preisstruktur.

Gemäss Volksschulgesetz darf ein Timeout längstens drei Monate dauern. Wenn die Sekundarstufe Uster im nächsten Schuljahr insgesamt vier Schüler oder Schülerinnen in die Timeout-Schule verweist, hätte die Timeout-Schule faktisch ein Jahr lang Einzelunterricht mit 180% Stellenprozenten angeboten. Wie rechtfertigen sich diese hohen Kosten?

Weitere Fragen sind meiner Ansicht nach noch nicht beantwortet. So u.a. wie viele Schüler in der Time Out-Schule in Wetzikon seit Bestehen der Schule unterrichtet wurden? Wie viele total, wie viele davon aus Wetzikon und wie viele aus umliegenden Gemeinden? Welche Gemeinden? Haben andere Gemeinden bereits feste Plätze in Uster reserviert? Welche Kosten wird Uster diesen Gemeinden verrechnet? In welchen Time Out-Schulen waren die 1-3 Schüler aus Uster bisher untergebracht? Welches sind die Vorzüge des Konzeptes von Wetzikon, dass gerade dieses für Uster tel-quel übernommen werden soll? Welches sind die Unterschiede zu anderen Schulen? Wurden von der Sek-Schule Uster andere Konzepte geprüft und wenn ja welche? Die Frage der Räumlichkeiten hat sich geklärt, nachdem die RPK einen Änderungsantrag eingereicht hat. Nicht beantwortet ist aber aber die Frage, weshalb keine öffentliche Ausschreibung für die Lehrpersonen durchgeführt wurde.

Angesichts der vielen unbeantworteten Fragen stelle ich den Rückweisungsantrag.

Uster, 07.07.2014 Paul Stopper

Monika Fitze

Herr Präsident

Geschätzte Anwesende

Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der Sekundarstufe für die Bewilligung einer Time-out Schule.

Mit der Oberstufe enden die obligatorische Schulzeit und damit auch die Jahre, in welchen via Volksschule prägend Einfluss genommen werden kann. Es gilt, in der verbleibenden Zeit alles daran zu setzen, frühzeitige Schulabbrüche zu verhindern und die Weichen für ein selbständiges Leben zu stellen.

Mit dem geplanten Time-out –Angebot erhöht man die Wirksamkeit der obligatorischen Schulzeit, ohne das Prinzip der Integration zu verletzen. Im Gegenteil, oberstes Ziel ist es, die gefährdeten Jugendlichen mit gestärkter Überzeugung ihrer Selbstwirksamkeit, nach einer Auszeit wieder in der Regelschule Tritt fassen zu lassen.

Dabei überzeugen bei der vorgeschlagenen integrierten Time-out –Schule die kurzen Wege in der Kommunikation zwischen allen Beteiligten besonders. Austausch und runde Tische können rasch und unkompliziert realisiert werden. Beschlüsse und Massnahmen zur Verbesserung der Situation und zur Ankurbelung eines Entwicklungsprozesses greifen so schneller. Einschneidendere, und wesentlich teurere Massnahmen, wie die Plazierung in einer Sonderschule/ Sonderschulheim

*können zielgenauer vorgenommen werden und kommen erst dann zur Umsetzung wenn die Erfolgchancen mit Regelschule und Time-out als zu gering eingeschätzt werden.
Dass das Time-out –Angebot auf eine bewährtes Konzept (Wetzikon) ohne lange Planungsphase und gestandene Lehrpersonen aufbauen kann, erhöht die Attraktivität des Angebotes. So kann die Sekundarschule mit einem überschaubaren Aufwand eine grosse Wirkung erzielen, braucht es doch für die Realisierung keine neuen Schulräume. Dass das Angebot auch für Jugendliche aus anderen Schulgemeinden geöffnet werden soll, spricht für einen sorgfältigen Umgang mit den finanziellen und personellen Ressourcen.*

Wir unterstützen den Antrag, weil mit der Time-out-Schulung die soziale Verantwortung in der ohnehin schon schwierigen Zeit des Erwachsenwerdens und der bevorstehenden Berufswahl ernst genommen wird und Jugendlichen in Schwierigkeiten und ihren Familien eine echte Chance geboten wird, wieder Tritt zu fassen.

*Besten Dank
Monika Fitze*

Abstimmung über den Ordnungsantrag von Paul Stopper

Der Gemeinderat beschliesst

mit 2 : 27 Stimmen

den Antrag abzulehnen.

Marianne Siegrist

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Integration vor Separation, so lautet das Credo des Volksschulgesetzes. Weshalb kann das vorliegende Modell einer Time Out Schule trotzdem überzeugen?

- *Die Schüler werden nur kurze Zeit, d.h. höchstens für drei Monate, separiert und anschliessend wieder in die Klasse integriert.*
- *In dieser Schule wird sehr individuell auf die Schüler eingegangen, Defizite werden bearbeitet und vor allem sehr intensiv mit allen beteiligten Personen (Eltern, Beistand, Psychologen etc.) zusammengearbeitet.*
- *Schülerinnen und Schüler in der Pubertät haben typischerweise gehäuft persönliche Schwierigkeiten, die sich in der Schule sehr unangenehm auf die Klasse und damit auf die Klassenlehrperson auswirken. Zum Beispiel: Schule schwänzen, Leistungsverweigerung, sehr auffälliges Verhalten und damit Störung des Unterrichts etc.). Da kann ein kurzer Unterbruch eine Verhaltensänderung bewirken.*
- *Sofern die Ursachen dieser Störungen genug früh ernst genommen werden und Fachpersonen einspringen können, kann die Integration in die Klasse rel. rasch vollzogen werden.*
- *D.h. die Time Out Schule erscheint uns nachhaltig und kommt günstiger als externe Lösungen.*

Aus diesen Gründen ist die FDP Fraktion bereit, einen Versuch einer Time Out Schule zu unterstützen.

Und jetzt kommt noch ein Aber, bzw. eine Präzisierung:

- *Wir werden die Weiterführung des Versuchs nur unterstützen, wenn die Schule ausgelastet wird, d.h. durchschnittlich von vier Schülern besucht wird, so wie im Antrag formuliert und noch wichtiger:*

- *Wenn tatsächlich externe Schüler aus auswärtigen Gemeinden zur Auslastung beitragen. Und damit Einnahmen von externen Kunden generiert werden können, so wie es im vorliegenden Projekt beschrieben wird. Wir sind überzeugt, dass dies schon im ersten Betriebsjahr möglich ist, denn Kontakte zu auswärtigen Gemeinden haben schon stattgefunden. Verschiedene Gemeinden sind informiert, dass in Uster eine Time Out Schule geplant wird. 180 Stellenprozent, bzw. 300'000 Franken pro Jahr nur für Ustermer Time Out Schüler wäre der FDP klar zu viel!*

Das vorgeschlagene Modell der Time Out Schule sollte ein Kompetenzzentrum werden für die Region. Das Führen von Kompetenzzentren ist eine gute Sache. Sicher effizienter, als wenn jede Gemeinde etwas Eigenes bastelt.

Deshalb sagen wir heute Ja, mit den oben genannten Punkten, die für eine Weiterführung erfüllt sein sollten.

Marianne Siegrist, FDP Gemeinderätin, 30. Juni 2014

Ursula Räuftlin

*Sehr geehrter Herr Präsident,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen
geschätzte Anwesende*

Seit Jahren verfolgt unsere Fraktion mit zunehmendem Unbehagen die steigenden Kosten der sonderpädagogischen Massnahmen. Das nun hier vorliegende Konzept der Time-Out-Schule vermag uns weitgehend zu überzeugen. Die betroffenen Schüler werden sich damit nicht in einer separativen Sonderschulung wiederfinden, sondern es wird ihnen ausserhalb des normalen Klassenverbandes nochmals eine Möglichkeit geboten, die Kurve rechtzeitig zu kriegen. Das Projekt baut darauf auf, dass alle beteiligten Personen eng miteinander arbeiten müssen. Es werden also auch die Eltern in die Verantwortung einbezogen, was wir sehr begrüessen.

Unsere Fraktion hätte es allerdings vorgezogen, wenn von der Sekundarschule eine Versuchsphase von zwei Jahren beantragt worden wäre und hatte sich in den Kommissionen dafür eingesetzt. Wir erhoffen uns nämlich von diesem Projekt, dass sich damit wirklich die eine oder andere Einweisung in eine externe separative Sonderschulung vermeiden lässt. Für die Fortführung des Versuchs könnten nach über eineinhalb Jahren doch etwas zuverlässigere Zahlen den Erfolg – oder Misserfolg – des Projektes belegen. Wenn die SSU den Antrag für die Fortsetzung des Projektes bereits nach wenigen Monaten wieder stellen muss, wird dies schwierig zu beurteilen sein. Die SSU ist dazu etwas anderer Meinung – wir bleiben mal gespannt. ..

Zudem haben wir uns dafür eingesetzt, dass für eine wirkliche Vollkostenrechnung von Beginn weg ein realistischer Mietzins eingesetzt werden soll. Genauso wie die HPSU sich im Weidli einmietet, soll sich diese Time-Out-Schule im Freiestrasse einmieten. Erst mit dieser Vollkostenrechnung können anderen Schulgemeinden von Beginn weg die kostendeckenden Schulgebühren in Rechnung gestellt werden und müssen diese Gebühren dann nicht nach zwei oder drei Jahren, wenn externer Raum dazu gemietet wird, erheblich angehoben werden. Dieses Anliegen wurde aufgenommen und ist im vorliegenden Änderungsantrag der RPK enthalten.

Die Mittefraktion unterstützt die Einrichtung dieser Time Out Schule und wird dem geänderten Antrag aus der RPK über einen Bruttokredit von CHF 336'334.01 zustimmen.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Anita Borer

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren

Den Antrag der Sekundarschulpflege (SSU) zur befristeten Führung einer Time Out-Schule begrüsst die SVP-/EDU-Fraktion.

Die SSU beschreibt die Problematik des aktuellen Volksschulgesetzes treffend. Gemäss dem 2005 geänderten Volksschulgesetz müssen Schülerinnen und Schüler wenn möglich in die Regelklassen integriert werden. Die Besonderen Klassen (früher: Kleinklassen) wurden seither mehrheitlich geschlossen.

Grund dafür ist, dass mit der heutigen Rechtslage Gemeinden nach Einteilung der Lehrpersonen für integrativen Unterricht kaum mehr Ressourcen für Besondere Klassen zur Verfügung haben.

Aber: Nicht alle Schülerinnen und Schüler sind in den Regelklassen tragbar. Schülerinnen und Schüler, die früher dank Besonderen Klassen in Schulgemeinden getragen werden konnten, werden heute darum in schwerwiegenderen Fällen vermehrt in teure Sonderschulheime geschickt, weil eine Integration in die Regelklasse nicht tragbar wäre. Die entsprechenden Kosten sind deshalb auch angestiegen. Zwischenlösungen sind kaum vorhanden.

Die Time Out-Schule schafft hier Abhilfe. Schülerinnen und Schüler, die in der Regelklasse nicht tragbar sind, können befristet für ein paar Monate in der Time Out-Schule unterrichtet werden.

Es ist davon auszugehen, dass mit einer Time Out-Schule die Quote der separiert geschulten Sonderschüler und damit die desbezüglichen Kosten gesenkt werden können.

Zudem wird den Schülerinnen und Schülern, die weiterhin in der Regelklasse unterrichtet werden und auch denjenigen, welche für einige Zeit in der Time Out-Schule geführt werden, einen Gefallen getan. Es kann mehr Ruhe in die Regelklasse gebracht werden und auf die Schüler in der Time Out-Schule kann gezielt eingegangen werden.

Letztlich wird auch eine Entlastung der Lehrpersonen erreicht. Und dies, ohne dass die verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schüler in teure Sonderschulheime oder Privatschulen gesteckt werden müssen.

Die SVP-/EDU-Fraktion ist gespannt auf den versprochenen Bericht, welcher die Erfahrungen mit der Time Out-Schule nach einem Jahr, hoffentlich angereichert mit aussagekräftigem Zahlen, ausweisen wird.

Für Uster heisst es nämlich, ein Projekt, das in Wetzikon nicht funktioniert hat, zum Laufen zu bringen. Das darf nicht unter den Tisch gekehrt werden.

Die SVP setzt sich auch kantonal für die Auflockerung der zu starren Vorgaben für integrativen Unterricht ein und freut sich, wenn auf kommunaler Ebene dem Anliegen, welches von diversen Seiten aus dem Schulumfeld unterstützt wird, Rechnung getragen wird.

Da das Projekt nicht ohne Risiko ist, wird die SVP-/EDU-Fraktion das Vorhaben aufmerksam verfolgen. Eine Auslastung der Time Out-Schule muss nach Ablauf der Jahresfrist bestätigt werden können.

Im Namen der SVP-/EDU-Fraktion bitte ich Sie, dem sinnvollen Projekt der Time Out-Schule aus geschilderten Gründen zuzustimmen.

Abstimmung über den Abänderungsantrag aus der RPK:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 27 : 0 Stimmen

dem Antrag zuzustimmen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Schlussabstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 26 : 0 Stimmen

- 1. Der Gemeinderat bewilligt die Sekundarstufe Uster, befristet für ein Jahr (Schuljahr 2014/2015), eine Time Out Schule zu führen.**
- 2. Der Gemeinderat bewilligt einen Bruttokredit von Fr. 336'334.01 für die Time Out Schule für das Schuljahr 2014/2015.**
- 3. Mitteilung an die Sekundarschulpflege zum Vollzug.**

8 Antrag der Primarschulpflege betreffend Schulanlage Gschwader, Raumbedarf Tagesstrukturen 2014 - Genehmigung Baukredit (Antrag Nr. 4/2014)

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Kathrin Agosti**.

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Mit dem Bauprojekt, über dessen Kredit wir heute abstimmen, wird Raum für die Tagesstrukturen geschaffen, der im Schulhaus Gschwader einfach benötigt wird. Im Gschwader haben die Schülerzahlen zugenommen. Im Schuljahr 2014/15 werden an Spitzentagen bis zu 66 Kinder für die Betreuung und Verpflegung am Mittagstisch erwartet. Dieser Bedarf kann ohne das zusätzliche Raumangebot nicht mehr gedeckt werden. Die KBK unterstützt den Antrag der Primarschulpflege deshalb einstimmig.

Das Gesamtprojekt, das die Aufstockung der Garderobenanlage im Turnhallengebäude beinhaltet, wurde 2010 erarbeitet. Ein erstes Teilprojekt ist bereits umgesetzt. Mit dem nun beantragten Kredit soll die zweite Bauetappe umgesetzt werden. Es wird eine zusätzliche Fläche von 90 m² geschaffen mit behindertengerechter Erschliessung durch einen Lift und einer zusätzlichen WC-Anlage. Die baulichen Massnahmen an den bestehenden Gebäudeteilen werden so gering wie möglich gehalten, aber die bestehende Küche muss zum Beispiel den neuen Anforderungen angepasst werden. Der beantragte Kredit von Fr. 987'000 übersteigt die Summe von Fr. 680 000, welche mit dem Voranschlag 2014 in die Finanzplanung eingestellt worden ist. Das hat damit zu tun, dass die Anforderungen an das Projekt seither angepasst worden sind. Es geht zum Beispiel um feuerpolizeiliche Auflagen wie den Bau eines Fluchttreppenhauses, oder es mussten behindertengerechte WC-Anlagen eingeplant werden.

Aus dem Kostenvoranschlag vom 30. April 2014, der Fr. 1'063'000 betragen hat, wurden aber alle nicht zwingend erforderlichen Baumassnahmen gestrichen worden. Bei der Berechnung der Folgekosten von Fr. 96 300 besteht kein Spielraum, sie entsprechen den Vorgaben.

Wenn das vorliegende Projekt umgesetzt ist, sind die Möglichkeiten zur Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten für die Tagesstrukturen im Schulhaus Gschwader ausgeschöpft. Sollte der Bedarf also erneut ansteigen, müssten andere Lösungen gesucht werden.

Zusammenfassend: Die KBK ist von der Notwendigkeit des vorliegenden Bauprojektes der PS überzeugt und hat ihm einstimmig zugestimmt.

Kathrin Agosti/29.6.14

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Strucken**.

Das Geschäft wurde in der RPK-Sitzung vom 23.6.2 14 in Anwesenheit von Stadträtin und Präsidentin der Primarschulpflege, Sabine Wettstein sowie der Bauprojektleiterin Liegenschaften, Gerda Brändli, beraten.

Ergänzend zum Bericht aus der KBK wurden in der RPK noch einige Verständnisfragen zum Bauprojekt gestellt. So wurde gefragt, ob der Fluchtweg aus dem ersten Stock nicht günstiger hätte gebaut werden können mit einer Aussentreppe wie man das öfters sieht. Diese Lösung wurde aus betrieblichen Gründen verworfen, weil sonst zu viele Nischenplätze entstanden wären, welche für eine öffentliche Schulanlage problematisch sind. Dann wunderte man sich über die hohen Kosten für den Lift. Es handle sich um einen behindertengerechten Lift und absolut um keine Luxuslösung.

Schliesslich liess sich die RPK nochmals erläutern, weshalb das Projekt soviel teurer kommt als diese Fr. 680'000.– gemäss Finanzplan. Es wurde uns erklärt, dass seit der Erstellung des Projektes einige Anforderung von aussen dazukamen, also verstärkte Brandschutzmassnahmen und vor allem die zusätzliche WC-Anlage. Dann gab es auch Projektanpassungen betrieblicher Art. Auf der

anderen Seite seien aber auch Kürzungen vorgenommen worden, so habe man den Küchenausbau stark reduziert. Für die Ermittlung der Baukosten dienten Richtofferten. Hier liege evtl. noch ein gewisser Spielraum für Vergabungserfolge bei der Ausführung drin.

Der Antrag wurde schliesslich einstimmig gutheissen.

Walter Strucken/28.6.2014

Der Stadtrat wünscht nicht das Wort.

Deborah Bernhard

Geschätzter Präsident

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Es ist unbestritten, dass der Schulhort und der Mittagstisch in der Schulanlage Gschwader mehr Platz brauchen. Für ein ruhiges und positives Klima benötigen die Kinder, aber auch die Betreuenden, genügend Raum um sich zu entfalten. Weil die Räume des Pavillons nicht mehr benutzt werden können, braucht es ein Aufstockungs-Projekt. Da das Gesetz die Stadt Uster zu Tagesstrukturen verpflichtet, gäbe es eigentlich nicht viel zu diskutieren. Trotzdem hat dieser Antrag für einigen Gesprächsstoff gesorgt. Wir von der SVP/EDU Fraktion monieren vor allem den späten und ungünstigen Zeitpunkt der Eingabe. Insbesondere ist dies störend, als die Primarschulpflege auch in der Vergangenheit nicht gerade durch vorausschauendes Planen aufgefallen ist. Unserer Meinung nach ist es schon länger klar, dass mehr Raum benötigt wird und somit die 2. Etappe des Projektes umgesetzt werden muss. In Zukunft erhoffen wir uns deshalb mehr Weitsicht, was die Planung betrifft.

Da wir das Wohl der Kinder aber über planerische Nachlässigkeiten stellen, unterstützt die SVP/EDU Fraktion den Antrag.

Deborah Bernhard

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 30 : 0 Stimmen

- 1. Der Baukredit von 987'000 Franken inkl. MWST für die 2. Etappe der Aufstockung auf dem Garderobentrakt der Turnhalle Gschwader auf der städtischen Parzelle Kat. Nr. F1297 wird genehmigt.**
- 2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die erforderlichen Mittel allenfalls auf dem Darlehensweg zu beschaffen.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat bzw. die Primarschulpflege zum Vollzug.**

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 1. September 2014 statt.

Schluss der Sitzung 21.00 Uhr

Für das Protokoll Die Parlamentssekretärin
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum Der Präsident
Walter Meier

Datum Die Stimmenzähler

Marianne Siegrist

Kathrin Agosti

Bruno Modolo